

**: Perspektiven auf
Global Governance.
Die sef: 2016
Jahresbericht**



Impressum

Herausgeberin:
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)
Dechenstr. 2 : 53115 Bonn
Tel. 0228/9 59 25-10
Fax: 0228/9 59 25-99
E-Mail: sef@sef-bonn.org
Website: www.sef-bonn.org
Twitter: [@sefbonn](https://twitter.com/sefbonn)
Youtube: [sefbonn](https://www.youtube.com/sefbonn)

Hinweis:

Bei den Interviews handelt es sich um gekürzte und redaktionell bearbeitete Übersetzungen aus dem Englischen.

© Stiftung Entwicklung und Frieden 2017

Fotos alle sef: außer Cover/Seite 9/Seite 10 rechts: yehdou | fotografie
Texte und Redaktion: Rebekka Hannes, Larissa Neubauer, Dr. Michèle Roth
Design Basiskonzept: Pitch Black Graphic Design, Berlin/Rotterdam
Gestaltung: Gerhard Süß-Jung

Inhaltsverzeichnis

sef: 2016

Editorial	3
---------------------	---

sef: Themen

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Internationale Solidarität: Ein Ideal vergangener Tage?	5
---	---

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.

Regionale und lokale Umsetzung

Die Agenda 2030 in den Kommunen. Niemanden zurücklassen.	8
<i>Interview mit Paul Ladd: „Ungleichheiten sind die größte Herausforderung für Entwicklung“</i>	10
<i>Interview mit Rehana Moosajee: „Es geht um die täglichen Interaktionen von Menschen“</i>	10
Von Schulesen bis Integration. Herausforderungen der Agenda 2030 für die Bundesländer	11
Die EU und die Agenda 2030: Noch keine Vision?	13

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Ursachen von Flucht und Migration erkennen und bearbeiten	14
<i>Interview mit Fabrizio Hochschild: „Wir wollen die Debatte wieder menschlicher machen“</i>	16
<i>Interview mit Prof. Dr. Tasneem Siddiqui: „Jeder hat das Recht zu entscheiden, ob er bleiben oder gehen möchte“</i>	16
<i>Interview mit Caroline Njuki: „Die Fluchtsituationen am Horn von Afrika sind aus dem Blick geraten“</i>	17
Migrationenpolitik in Afrika. Noch lange keine Priorität.	18
<i>Interview mit Gibril Faal: „Migration ist das älteste Heilmittel gegen Armut“</i>	19
<i>Interview mit Takyiwaa Manuh: „Migrationspolitik ist eine Frage des politischen Willens“</i>	20
Der Weltgipfel für humanitäre Hilfe 2016 und die EU	21

sef: Finanzen

Finanzbericht	23
Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016	24
Bilanz zum 31.12.2016	25

sef: Intern

sef: Vorstand	27
sef: Kuratorium	27
sef: Beirat	28
sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	29
Kooperationspartner und Förderer	29
Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2016	30

• **sef: 2016**

Editorial

Das Jahr 2016: Großbritannien stimmt für einen Austritt aus der Europäischen Union und Donald Trump wird US-Präsident. Diese beiden politischen Entscheidungen dominierten die Medienberichterstattung und die öffentliche Debatte. Doch was bewegte die Welt im vergangenen Jahr jenseits von „America first“ und europäischen Binnenkrisen?

Afrika, Asien, Lateinamerika oder der Nahe Osten haben ihre eigene Sicht auf drängende Herausforderungen unserer Zeit. Die Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:) hinterfragt das auf den Westen zentrierte Weltbild und bietet vielfältige Sichtweisen aus anderen Weltregionen an. Das spiegelt sich in unserer Arbeit im Jahr 2016 wider, die wir Ihnen in diesem Bericht präsentieren. In dem Wechsel der Perspektiven liegt aus unserer Sicht der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben auf dieser Erde. Nur durch kooperatives Gestalten von Politik und gegenseitigen Respekt werden nachhaltige Entwicklung und Frieden weltweit möglich sein. Es wird zukünftig deutlich mehr darum gehen, politische Handlungsräume zu schaffen, in denen sich Frieden entwickeln kann; innerhalb der Gesellschaften und zwischen den Staaten. Dazu ist ein Paradigmenwechsel erforderlich, weg von einer reinen Krisenintervention hin zu einer kontinuierlichen Friedensentwicklung.

Die akuten humanitären Notlagen und die weiter anwachsende Zahl an Flüchtlingen sind ein Armutszeugnis unserer Zeit. Nur sechs Länder haben die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit aufgenommen. Knapp 40 Prozent

aller Vertriebenen leben im Nahen Osten und Nordafrika, weitere knapp 30 Prozent im südlichen Afrika – in Europa sind es lediglich sechs Prozent. Gerade einmal zehn Länder stellen 75 Prozent der Mittel der Vereinten Nationen für ihre Unterstützung bereit. Die Frage, wie die Verantwortung für diese Menschen besser geteilt werden kann, beschäftigte 2016 nicht nur den UN-Gipfel über Flüchtlinge und Migranten, sondern auch die sef:.

Nachdem Europa seine Grenzen für Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten weitgehend geschlossen hat, ist das Thema hierzulande aus den täglichen Schlagzeilen verschwunden. Doch der Schein trügt: Die Zahl der Menschen, die ihr Leben im Mittelmeer lassen beim Versuch, Europa zu erreichen, steigt Jahr für Jahr. Sie sind ein Sinnbild für Verzweiflung und Perspektivlosigkeit.

Die Ursachen dafür sind in schlechter Regierungsführung, lokalen Missständen sowie in Bürgerkriegen zu finden. Doch in einer eng vernetzten Welt spielen auch die internationalen Rahmenbedingungen eine wesentliche Rolle. Die sich verschärfende Weltordnungskrise verhindert vielerorts eine konstruktive multilaterale Konfliktbearbeitung. Nicht selten wirkt sie gar konfliktverschärfend. Und das vorherrschende Wirtschaftssystem geht nicht nur mit einem Raubbau an unserer Natur einher. Es vergrößert auch die Ungleichheit zwischen Arm und Reich.

Ihre Fähigkeit positive Anstöße zu geben, hat die Weltgemeinschaft 2015 mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen bewiesen. Welchen Wert diese Vereinbarungen haben, werden die kommenden Jahren zeigen. Ihre Zielsetzungen sind für das Überleben der Menschheit von entscheidender Bedeutung. Folgerichtig ist ihre Umsetzung nicht den Staaten und internationalen Organisationen alleine überlassen. Verantwortlich sind wir alle, auf allen politischen Ebenen. Auch zivilgesellschaftliche Akteure und die Wirtschaft sind aufgerufen, zur Verwirklichung dieser Ziele beizutragen.

Seit 30 Jahren unterstützt die sef: unterschiedliche Akteure durch das Vermitteln von Wissen, von Ideen und Inspirationen sowie durch Dialoge über Grenzen und Kontinente hinweg. Dieses Jubiläum nahmen wir 2016 zum Anlass, renommierte Persönlichkeiten zu befragen, was ihnen die Gründungsvision der sef: heute bedeutet. Eine Auswahl der Antworten finden Sie in diesem Jahresbericht. Alle 39 Statements können Sie auf der sef: Website nachlesen.

Eine anregende Lektüre wünschen Ihnen

Renate Hendricks MdL
Vorsitzende des Vorstandes

Dr. Michèle Roth
Geschäftsführerin

sef: wird 30 „Die Frage nach der Ordnung der Welt ist heute – auf ganz andere Art und Weise – so aktuell wie im Gründungsjahr der Stiftung Entwicklung und Frieden vor 30 Jahren. Wir haben die bipolare Logik des Kalten Krieges zwar überwunden, doch an ihre Stelle ist noch keine neue Ordnung getreten. Die Krise ist vom Ausnahmefall zur Regel geworden.“

Gleichzeitig ist Deutschland wie kaum ein zweites Land mit der Welt vernetzt und insofern auf ein geordnetes Miteinander angewiesen. Das Ringen um eine gerechte, friedliche und belastbare internationale Ordnung ist deshalb ureigenes Interesse deutscher Außenpolitik. Wir setzen dabei gleichzeitig auf Prävention, Krisendiplomatie und geduldige Unterstützung in Transformationsprozessen.“



Dr. Frank-Walter Steinmeier
Bundesminister des Auswärtigen
(2013-Januar 2017), Berlin

• **sef: Themen**

Programmbereich I: Normative Herausforderungen für Global Governance

Internationale Solidarität: Ein Ideal vergangener Tage?

Internationale Solidarität bildet das ideelle Fundament, auf dem die Vereinten Nationen (UN) gebaut sind. Gerne wird der Begriff in politischen Reden und Deklarationen verwendet. Doch erst Ende der 1990er Jahre fand der Begriff explizit Eingang in offizielle Vereinbarungen. Die UN-Millenniumserklärung benannte Solidarität als einen von sechs fundamentalen Werten der internationalen Beziehungen. Ironischerweise markierte die Jahrtausendwende zugleich das Ende einer Dekade des kooperativen



International sef: Expert Workshop 2016

Multilateralismus. In der Folge schien Solidarität als Prinzip internationaler Politik an Bedeutung zu verlieren. Erst im Jahr 2015, mit der Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und dem Pariser Klimaabkommen, war Solidarität wieder auf der großen Bühne der Weltpolitik präsent.

Ist Solidarität dennoch ein Ideal vergangener Tage? Oder stehen wir vor einem Wendepunkt in der Geschichte, vor einer Rückbesinnung auf internationale Solidarität als Reaktion auf die vielfältigen globalen Krisen? Diese Fragen standen im September im Zentrum des International sef: Expert Workshop 2016.

Internationale Solidarität: Ein diffuses Konzept

Bereits im Jahr 2005 hatte die UN-Menschenrechtskommission auf Betreiben von einigen Entwicklungsländern die Position eines Unabhängigen Experten für Menschenrechte und internationale Solidarität eingerichtet. Doch bis heute ist es nicht gelungen, sich auf eine Definition von internationaler Solidarität zu verständigen. Auch die in Berlin versammelten Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Weltregionen waren sich einig, dass das Konzept

vieldeutig und unscharf ist. Versuche einer Definition reichten von: „Solidarität ist ein anderes Wort für Brüderlichkeit“ über „Solidarität bedeutet ein gemeinsamer Kampf zur Veränderung einer bestimmten Situation“ bis hin zu „Solidarität ist das Empfinden von Mitverantwortung für das Wohlergehen der anderen, kombiniert mit dem Gefühl, an der Stelle der anderen zu stehen“.

Einigkeit bestand darüber, dass Solidarität nicht per se „gut“ ist. „Die Allianz von Rechts-Außen-Parteien gegen Immigration ist ebenso ein Akt der Solidarität zwischen Gleichgesinnten wie der Einsatz für eine menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen durch Menschenrechtsaktivisten“, brachte es ein Diskutant auf den Punkt. Solidarität kann gleichzeitig inklusiv und exklusiv sein – sie kann bestimmte Gruppen zusammenbringen und andere ausschließen. Und nicht nur das: Solidarität ist ein politisch wirkungsmächtiges Konzept, das leicht missbraucht werden kann. Ein Beispiel sind Militärinterventionen im Namen der Schutzverantwortung (R2P). Als deren Ziel wird zwar in erster Linie der Schutz der Bevölkerung angegeben; dahinter steht aber oftmals die Absicht, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Ein Blick in die Geschichte zeigt, dass internationale Solidarität ein dynamisches Konzept ist. Sie ist immer in einem spezifischen historischen Kontext verankert, der unterschiedliche Formen von Solidarität hervorbringt: emanzipatorische Solidarität (Arbeiterbewegung / Dekolonisierung), kompensatorische Solidarität (innerhalb regionaler Wirtschaftsverbände), ideologische Solidarität (zwischen sympathisierenden politischen Bewegungen) etc.

sef: „Ein Leben in Würde für alle Menschen innerhalb der Grenzen unseres Planeten möglich machen – das ist meine Vision der EINEN WELT im Jahr 2030. Schon heute leben wir in einem globalen Dorf, nachhaltige Entwicklung geht uns alle an! Die Chancen der Globalisierung und des technologischen Fortschritts können wir nutzen, um unsere Welt fairer und nachhaltiger zu gestalten. Mit der Agenda 2030 – dem ‚Weltzukunftsvertrag‘ – haben wir die entscheidenden Weichenstellungen gelegt. Nun lassen Sie uns diese anspruchsvollen Ziele gemeinsam umsetzen!“



Dr. Gerd Müller
Bundesminister für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung,
Berlin/Bonn

Recht auf internationale Solidarität – oder auf Nothilfe?

Die Unabhängige UN-Expertin für Menschenrechte und internationale Solidarität, Virginia B. Dandan, arbeitet seit Jahren an einer Deklaration über das Recht auf internationale Solidarität. In einem schriftlichen Beitrag zum Workshop erläuterte sie den Nutzen eines einklagbaren Rechts. Gäbe es dieses, wären die Staaten sowohl Rechteinhaber als auch Pflichtenträger. In Dandans Perspektive könnte das Recht auf Solidarität helfen, Menschenrechte durchzusetzen. Zweifel, dass ein solches Recht überhaupt Wirkung zeigen würde, lässt Dandan nicht gelten. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sei auch nur als moralischer Appell betrachtet worden. Aber er habe ausreichend Kraft entwickeln können, um Politiken zu beeinflussen.

Der mögliche Rechtscharakter internationaler Solidarität führte zu einer heftigen Debatte unter den Workshop-Teilnehmenden. Unabhängig von



International sef: Expert Workshop 2016

ihren beruflichen, regionalen oder akademischen Hintergründen überwog die Skepsis, dass ein solches Recht wünschbar und umsetzbar wäre. Auch seinen Mehrwert im Vergleich zu den existierenden Menschenrechten oder dem Recht auf Entwicklung zogen sie in Zweifel. Und können Menschen oder Staaten überhaupt dazu gezwungen werden, solidarisch zu handeln? Ist das noch Solidarität? Ein modernes Solidaritätsrecht sei nicht unvorstellbar, warf ein Redner ein. Aber es würde Mut zu utopischem Denken erfordern. Ein anderer Teilnehmer ergänzte, dass ein Recht auf Nothilfe wichtiger wäre als ein Recht auf Solidarität – und besser umsetzbar. Ein solches Recht könnte zudem eine Alternative zur umstrittenen Schutzverantwortung darstellen.

Agenda 2030: Ein Ausdruck internationaler Solidarität?

Welche Rolle spielt Solidarität in der aktuellen politischen Praxis? Diese Frage diskutierten die Workshop-Teilnehmenden zunächst mit Blick auf

Foreign Voices 2|2016

The Path to a Right to International Solidarity

Virginia B. Dandan



Seit 2005 arbeiten die Unabhängige Expertin Virginia B. Dandan und ihr Vorgänger im Auftrag der UN-Menschenrechtskommission an einem Recht auf internationale Solidarität. Ihr finaler Entwurf soll im Juni 2017 präsentiert werden. In den Foreign Voices 2|2016 erläutert Dandan die Entstehungsgeschichte des Entwurfs und das darin enthaltene Verständnis von internationaler Solidarität. Sie beschreibt, welche kritischen Punkte noch zu lösen sind und wie ein solches Recht Wirkungsmacht entfalten könnte.

die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und das Pariser Klimaabkommen. Beide Abkommen aus dem Jahr 2015 gelten als herausragende Beispiele internationaler Solidarität in einer Zeit, in der die Welt immer mehr auseinanderdriftet. Die Universalität der Agenda 2030 und ihrer Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) hätten das Denken über internationale Zusammenarbeit grundlegend verändert, argumentierte ein Redner. Der Fokus liege nicht länger auf Hilfe und Armutsreduzierung, sondern auf gleichberechtigter Kooperation und global nachhaltiger Entwicklung.

Andere Expertinnen und Experten hinterfragten die Art der Solidarität, für die die Agenda 2030 und das Pariser Abkommen stehen. Haben sie tatsächlich eine Transformation zum Ziel? Dann müssten sie auch eine Diskussion über die Regeln der Weltwirtschaftsordnung oder über eine neue globale Finanzordnung in Gang setzen. Dies sei nicht der Fall. Stattdessen verbleibe das in den Abkommen enthaltene Maß an Solidarität in der „Komfortzone“, so die Kritik. Es stelle sich die Frage, ob es sich bei dieser Art von Solidarität nur um aufgeklärtes Eigeninteresse handele. Andere Teilnehmende sahen keinen Widerspruch in der Kombination von Solidarität und Eigeninteresse, solange die entsprechenden Arrangements für alle Stakeholder fair ausfallen.

Flüchtlingspolitik – solidarisch mit wem?

Die Flüchtlingspolitik war 2015/2016 ein viel diskutiertes praktisches Beispiel für Solidarität in Deutschland und Europa. Auf der einen Seite steht das Bild einer großen Zahl von Menschen, die Flüchtlinge willkommen heißen und unterstützen – und ihre Solidarität mit denjenigen zeigen, die alles verloren haben. Auf der anderen Seite zeigt sich ein klarer Trend, Grenzen zu schließen und Menschen durch Abschreckung fernzuhalten. Die Europäische Union

verstärkt ihre Kooperation mit Herkunfts- und Transitländern, um Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten in diesen Ländern festzuhalten oder sie dorthin zurückzuführen. „Echte“ Solidarität würde bedeuten, die systemischen Ursachen für Flucht und Vertreibung und auch die Verantwortung des Westens anzuerkennen und anzugehen, etwa durch umfassende Strategien der Friedensschaffung. Stattdessen zeigten sich die Staaten vor allem solidarisch in der Entwicklung gemeinsamer Abschreckungsstrategien, kritisierten viele Teilnehmende. Falls Europa es mit seiner Solidarität ernst meine und Menschenleben retten wolle, dann sollte es nicht darauf fokussieren, Flüchtlinge zu stoppen. Stattdessen sollten Migrantinnen und Migranten Perspektiven eröffnet werden, u.a. durch die Möglichkeit, legal nach Europa zu kommen, ergänzten andere Diskutanten.

Nichtregierungsorganisationen sollten zu diesem Perspektivwechsel beitragen, forderte ein Redner. Denn Staaten könnten sich nicht solidarisch mit Individuen zeigen, das könnten nur Gesellschaften. Zivilgesellschaftliche Organisationen seien deshalb in der Verantwortung, die Staaten heraus- und die Einhaltung der Menschenrechte einzufordern.

Doch es kann auch zu Situationen kommen, in denen Solidarität und Rechte an objektive Grenzen stoßen, etwa wenn die Fähigkeiten eines Landes überbeansprucht werden. Ein Beispiel ist Ungarn, als innerhalb kürzester Zeit Hunderttausende von Flüchtlingen in dem Land ankamen. Welche Lösung gibt es für

solche Situationen? Auf diese Frage hat die internationale Gemeinschaft noch keine Antwort, trotz erster Ansätze beim UN-Gipfel für Flüchtlinge und Migranten im September 2016.

Süd-Süd-Kooperation: Ein Paradebeispiel internationaler Solidarität?

Auch die Süd-Süd-Kooperation ist ein praktisches Beispiel für Solidarität – mit einer langen Tradition. Ihre Wurzeln sind in den 1950er Jahren zu finden, in der Forderung nach politischer Gleichberechtigung und als Weg, das historische Erbe der Kolonialzeit zu überwinden. Über die Jahrzehnte hat sich der Fokus weiterentwickelt in Richtung wirtschaftlicher Entwicklung und in jüngster Zeit auch ökologischer Themen.

Offiziell wird Süd-Süd-Kooperation bis heute als „eine Partnerschaft zwischen Gleichen auf der Grundlage von Solidarität“ begründet (Abschlussdokument des Süd-Süd-Gipfels in Nairobi 2009). Doch ist Süd-Süd-Solidarität nicht längst zu einem von China und Indien geprägten hegemonialen Diskurs geworden? Die Teilnehmenden stimmten überein, dass Asymmetrien in der Süd-Süd-Kooperation genauso berücksichtigt werden müssten wie bei jeder anderen Form der Kooperation. Auch könne Süd-Süd-Solidarität bestehende ideologische und politische Differenzen zwischen den Ländern des „Globalen Südens“ nicht übertünchen. Dennoch gebe es bis heute einen besonderen Geist der Solidarität zwischen diesen Ländern. Ursächlich seien das Gefühl, sich am Rand der entwickelten Welt zu befinden, und die Notwendigkeit, mit einer gemeinsamen Stimme das internationale, vom Westen dominierte System zu demokratisieren. Dass sich die Solidarität gelegentlich verflüchtigt, wenn es um praktische Zusammenarbeit geht, tritt dahinter zurück.

Perspektiven für internationale Solidarität

Kümmern sich Nationen tatsächlich um andere – oder handelt es sich nur um Rhetorik? Trotz des diffusen Konzepts teilten die meisten Expertinnen und Experten die Einschätzung, dass internationale Solidarität angesichts aktueller weltpolitischer Entwicklungen wieder an Bedeutung gewinnen könnte. Besonders die politischen Praktikerinnen und Praktiker argumentierten, dass Übereinkünfte wie die Agenda 2030 und das Pariser Abkommen Grund zur Hoffnung seien. Das Rad müsse nicht neu erfunden werden, betonte ein Teilnehmer. Es genüge, sich wieder auf die Werte, die die UN-Charta leiten, zu besinnen. Dann könnte sich Solidarität längerfristig zu einer internationalen Norm entwickeln und von der Rhetorik in etwas Bedeutungsvolles übergehen. ■

sef: „One look at the state of the world
wird 30 thirty years on from the vision
of the Development and Peace
Foundation’s founding committee and we can
see how much it is being challenged and put to
the test. From the refugee crisis, the conflicts
and state failures that produced them, to the
mounting pressure exerted by climate change,
staying ‘...united by the vision of a world without
borders and without prejudice’ is a call that
can’t be emphasised enough at these trying
times.“

While we made significant leaps and bounds in
risk reduction to natural calamities with global
initiatives such as the Hyogo and the Sendai
Frameworks, and efforts on the Sustainable
Development Goals, we still need to stay the
course for a united world against the rising tide
of populist and isolationist movements. It’s only
their vision that would stand up against rolling
back the clock.“



Professor Mo Hamza
Division of Risk Management and
Societal Safety, Lund University

Programmbereich II: Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Regionale und lokale Umsetzung

Die Agenda 2030 in den Kommunen. Niemanden zurücklassen

Die Agenda 2030 beschreibt mit ihren 17 Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) einen globalen Zielkatalog zur Umsetzung von Nachhaltigkeit. Sie umfasst nicht nur die ökonomische und ökologische, sondern auch die soziale Dimension von Nachhaltigkeit. Ihren gesellschaftspolitischen Auftrag beschreibt das Motto „Niemanden zurücklassen“. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn sich Städte und Kommunen die Umsetzung der Agenda 2030 zu Eigen machen. Denn es ist die lokale Ebene, auf der Ausgrenzungen und Diskriminierungen zuerst deutlich werden. Und zugleich entsteht dort, wo Menschen verschiedener Hintergründe leben und arbeiten, wo sie in Vereinen tätig sind oder Sport treiben, der soziale Zusammenhalt, den eine Gesellschaft braucht.

Kommunalvertreter/innen aus verschiedenen Weltregionen diskutierten während des Bonn Symposiums 2016, wie sie den gesellschaftspolitischen Auftrag der Agenda 2030 umsetzen können. Was zeichnet gute Beispiele für kommunale Sozialpolitik aus? Was können Kommunen unternehmen, um gesellschaftliche Brüche zu verhindern?

Foreign Voices 3|2016

Affordable Housing in Tanzania. Local initiatives and challenges in implementing the 2030 Agenda

Joseph I. Shewiyo

In Entwicklungsländern leben die meisten armen Menschen in informellen Siedlungen. Die Agenda 2030 fordert unter anderem angemessenen und bezahlbaren Wohnraum für alle. Wie kann dieses Ziel erreicht werden?

Joseph I. Shewiyo vom Ministerium für Land, Wohnungswesen und menschliche Siedlungen in Tansania gibt in den Foreign Voices 3|2016 einen Einblick in lokale Initiativen, die Tansania im Bereich des angemessenen und bezahlbaren Wohnraums umsetzt. Dabei zeigt er sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen verschiedener Ansätze in der Wohnraumpolitik auf.



Alle SDGs sind für Kommunen relevant

„Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten“ – das ist die Maßgabe von SDG 11, dem sogenannten „Städte-Ziel“. Doch alle nachhaltigen Entwicklungsziele sind relevant für die lokale Ebene, so die Überzeugung von Fatimetou Mint Abdel Malick, Bürgermeisterin der Stadt Revragh-Zeina in Mauretanien. Oder anders formuliert: „Alles in der Kommune betrifft alle, von Anfang an“, wie es Eshetu Wondafrash, Berater im Programm MiGlobal und Mitglied des Integrationsrats der Stadt Aachen ausdrückte. Gerade darin liege die Chance für Kommunen, die SDGs für ihre Bürger/innen konkret erfahrbar zu machen und ihnen die Vorteile von Veränderungen für ihr eigenes Leben zu zeigen.

Klare Erfolgsfaktoren für gesellschaftspolitische Projekte

Die Teilnehmenden des Bonn Symposiums 2016 tauschten sich deshalb über die Umsetzung der SDGs in einer Vielzahl unterschiedlicher Bereiche, von Bildung, Gewaltprävention und Geschlechtergerechtigkeit über demographischen Wandel und bezahlbaren Wohnraum bis hin zu fairer Beschaffung

Global Governance Spotlight 7|2016

Die Neue Urbane Agenda. Was bedeutet sie für Kommunen und Regionen?

Michael Woodbridge/
Monika Zimmermann

Ist die Neue Urbane Agenda ein wegweisendes Abkommen, das große Ideen in konkrete Maßnahmen übersetzt? Welchen Nutzen hat die Agenda für Städte und Kommunen? Wie können lokale Akteure auch jenseits des Abkommens einen Beitrag zu nachhaltiger Entwicklung leisten? Im Global Governance Spotlight 7|2016 beantworten Michael Woodbridge und Monika Zimmermann von ICLEI – Local Governments for Sustainability diese Fragen zum Abschlussabkommen des UN-Siedlungsgipfels Habitat III. Zusätzlich geben sie Empfehlungen, wie nationale Regierungen die Empfehlungen aus der Neuen Urbanen Agenda gemeinsam mit Kommunen, der Zivilgesellschaft sowie Forschung und Privatwirtschaft umsetzen können.



aus. Es zeigten sich klare Erfolgsfaktoren für die Politik und für Projekte. Ein effektives Zusammenarbeiten verschiedener Ressorts spart Zeit und hat oft automatisch Auswirkungen auf andere Politikfelder. Wenn das Bildungssystem und das soziale Sicherheitsnetz einer Stadt gut funktionierten, sei Sicherheit in der Stadt häufig eine logische Folge, erläuterte Patrick Burton, Geschäftsführer des Centre for Justice and Crime Prevention (CJCP) in Kapstadt. Das heißt auch, dass gute Projekte nicht zwangsläufig teuer sein müssen, um viel zu bewirken.



Bonn Symposium 2016: Registrierung

Ein weiteres Erfolgskriterium für Projekte ist die langfristige Unterstützung durch die Stadtspitze. Bei Querschnittsthemen, wie Geschlechtergerechtigkeit oder fairer Beschaffung, ist entscheidend, dass alle Teile der Verwaltung diese umsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen. Netzwerke innerhalb der Stadt sind ebenfalls unabdinglich. Denn die Bürgerschaft selbst hat unzählige Kompetenzen, die zusammen mehr zählen als die Summe ihrer Einzelteile.

Um gesellschaftspolitische Projekte auf einer validen Basis aufzubauen, ist außerdem die Erhebung und Veröffentlichung von verlässlichen Daten wichtig. Bürger/innen haben so die Möglichkeit, potentielle Missstände in ihren Stadtteilen mit denen in anderen zu vergleichen und aktiv zu werden. Um den Erfolg von Projekten messbar zu machen, ist außerdem ein Monitoring-System mit vorab festgelegten Indikatoren hilfreich.

Interessenskonflikte konstruktiv lösen

Sowohl in der Kommunalpolitik als auch in gesellschaftspolitischen Projekten kommt es unweigerlich zu Interessenskonflikten. Erik Lierenfeld, Bürgermeister der Stadt Dormagen, gab persönliche Einblicke in seinen Umgang mit solchen Konflikten: Wichtig sei es, empathisch zu sein und einen Interessenskonflikt zu erkennen. Um mit diesem umzugehen, müsse man Fakten sammeln und unterschiedliche Sichtweisen nicht nur anhören, sondern auch akzeptieren. Lösungen sollten gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden. Schließlich müsse offen kommuniziert werden, dass

am Ende eine politische Entscheidung stehen werde, die nicht alle zufrieden stellen kann. Diese müsse wiederum konsequent vertreten und begründet werden.

Integration und Teilhabe als Schlüsselthemen

Eine besondere Veränderung und Herausforderung, der sich derzeit Kommunen weltweit gegenübersehen, ist die Integration und Teilhabe von Flüchtlingen. Aus Sicht von Dr. Andreas Hollstein, Bürgermeister der Stadt Altena, unterschätzen viele Kommunen, was Integration tatsächlich bedeutet: „Dass Flüchtlinge und Migranten satt und sauber sind, das kriegen alle Kommunen hin. Aber Teilhabe an der Gesellschaft ist weit mehr als das.“ Wahre Integration erfordere deshalb ein starkes Rückgrat der verantwortlichen Politiker/innen.

Dr. Ramy Lakkis, Direktor der Libanese Organisation for Studies and Training (LOST) in Baalbeck-Hermel, berichtete über seine Erfahrungen aus dem Libanon. Da dort in Kommunen teilweise auf einen Libanesischen ein syrischer Flüchtling komme, sei eine neue Definition von „lokaler Gemeinschaft“ notwendig. Denn bei der Gestaltung lokaler Gesellschaftspolitik müssten die gemeinsamen Bedürfnisse von aufnehmenden Gemeinschaften und Migranten im Vordergrund stehen – und nicht die der Politik. Paulino Miguel, Projektmanager Diaspora, Migration und Entwicklungszusammenarbeit beim Forum der Kulturen Stuttgart e.V., stellte vor diesem Hintergrund die kommunalen Flüchtlingsdialoge in Baden-Württemberg vor. Sie sind ein möglicher Weg, um Fragen des Zusammenlebens, der Teilhabe und der Integration in der Kommune gemeinsam zu gestalten. Die bisherigen Dialoge zeigten, so Miguel, dass es möglich ist, über jedes Thema in einer Kommune einen Dialog zu führen. Voraussetzung sei, dass sowohl die Bürger/innen als auch die Kommunalpolitik und die Verwaltung daran interessiert seien, konkrete Maßnahmen zur Gestaltung des Zusammenlebens anzugehen und ggf. auch Kompromisse zu schließen.

Radikales Umdenken notwendig

Damit es Kommunen weltweit gelingt, tatsächlich niemanden zurückzulassen und gesellschaftliche Brüche zu verhindern, ist mehr internationaler Austausch notwendig, darin waren sich die Teilnehmenden des Bonn Symposiums einig. Es liegt auf der Hand, dass auch deutsche Kommunen viel von Projekten aus anderen Weltregionen lernen können. Ein veritabler Kapazitätsaufbau und Wissenstransfer zwischen dem „Globalen Süden“ und dem „Globalen Norden“ erfordert jedoch nicht nur Investitionen, sondern auch ein radikales Umdenken im „Norden“, so ein Fazit aus der Konferenz. ■

„Ungleichheiten sind die größte Herausforderung für Entwicklung“

Interview mit Paul Ladd, Direktor des United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Genf, November 2016

Warum beschäftigen Sie sich mit dem Phänomen „Ungleichheiten“?



Wir bei UNRISD sehen Ungleichheiten als die derzeit größte Herausforderung für Entwicklung. Ungleichheiten haben negative Auswirkungen auf verschiedene Aspekte des Lebens. Wirtschaftliche Ungleichheit schließt Menschen aus Arbeitsverhältnissen aus; sie können weder Ressourcen bilden noch ihre Erträge teilen. So werden die Talente und die Energie vieler Menschen verschwendet. Außerdem höhlt soziale Ungleichheit das Gemeinschaftsgefühl aus; es erodiert Solidarität und sozialen Zusammenhalt und kann zu mehr Kriminalität und sogar dem Zusammenbrechen von Gemeinschaften führen. Ungleichheiten tragen auch zur Umweltzerstörung bei. Umgekehrt kann Umweltzerstörung wiederum Ungleichheiten zementieren. Zuletzt sind Ungleichheiten auch politisch: Wenn eine Person sich nicht angemessen repräsentiert und von Entscheidungsprozessen ausgeschlossen fühlt, untergräbt dies den sozialen Zusammenhalt. Ungleichheiten bergen deshalb das Risiko, dass Politiker/innen Menschen mit vermeintlichen oder kurzfristigen Problemlösungen anlocken. Das zeigen derzeit die Ergebnisse vieler Wahlen weltweit.

Welche neuen Ideen bietet die Agenda 2030, um Ungleichheiten zu verringern?

Ich finde, die Agenda hat einige konzeptionelle Innovationen mit sich gebracht. Erstens ist da der Integrationsgedanke: Silos aufbrechen und themenübergreifend arbeiten. Zweitens: der Gedanke der Universalität. Entwicklung ist nicht mehr etwas, das in armen Ländern für arme Menschen mit Hilfe von reichen Ländern und reichen Menschen passiert. Verbunden damit ist die Erkenntnis, dass Wissen und Erfahrungen in jegliche Richtung wandern können: von Nord nach Süd, von Süd nach Nord, von Ost nach West und umgekehrt. Das alles fügt sich zu einem neuen Prozess zusammen, der die Entwicklung jedes Landes misst und in dem jedes Land etwas lernen kann. Die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) waren wichtig für internationale Zielsetzungen. Aber während ihrer Umsetzung haben sich in fast allen Ländern der Welt die Ungleichheiten verschärft.

Welche praktischen Innovationen kann die Agenda 2030 bringen?

Die Agenda gibt es ja erst seit einem Jahr. Aber wir können bereits sehen, dass manche Regierungen beginnen, anders zu arbeiten. Sie bringen ihre Abteilungen und Ministerien dazu, ressortübergreifend zu denken. Es werden Arbeitsgruppen aus verschiedenen Ministerien gebildet. Auch wenn die Agenda neu ist: die Probleme, die sie adressiert, sind es nicht. Alle Regierungen der Welt arbeiten schon länger daran, Gesundheit und Bildung zu verbessern, Müll zu reduzieren oder die Umwelt zu schonen. ■

„Es geht um die täglichen Interaktionen von Menschen“

Interview mit Rehana Moosajee, Gründerin von Rehana Moosajee Consulting, Johannesburg, November 2016

Kann die Agenda 2030 unsere Gesellschaften ändern?



Ich denke, die Agenda 2030 hat das Potenzial, mehr Zugkraft zu entwickeln als ein Dokument, das in einem multilateralen Forum beschlossen wurde und weit weg ist vom Alltag der Menschen. Es kommt aber darauf an, was getan wird, um die Agenda in etwas umzuwandeln, mit dem sich die Menschen tatsächlich identifizieren können; es ist nichts, das man schlichtweg auslagern kann, damit sich die Regierung darum kümmert. In der Agenda geht es um die täglichen Interaktionen von Menschen. Deshalb glaube ich, dass die Agenda tatsächlich Raum für einen anderen Lebensstil, einen anderen Umgang mit der Natur und unseren Mitmenschen schaffen kann.

Sie haben es trotz vieler Gegner geschafft Rea Vaya, das erste öffentliche Bussystem Johannesburgs, einzuführen. Was empfehlen Sie Kommunalpolitikern, die mit Interessenskonflikten konfrontiert sind?

Rea Vaya in Johannesburg ist ein besonders interessantes Beispiel für ein Projekt, das zahlreiche Themen angehen wollte: Umwelt- und Wirtschaftsprobleme, räumliche Transformation, Emissionen etc. Es war eine besondere Herausforderung, einen Prozess zu etablieren, den vor allem unsere Partner im Minibus-Taxi-Sektor mittragen konnten. Sie sollten ihre Lebensgrundlage für etwas aufgeben, das sie nicht kannten. Ein großer Wert in diesem Prozess war das Lernen in verschiedenen Kontexten. Wir haben viele Studienreisen gemacht um zu sehen, wie andere ähnliche Projekte bereits umsetzen. Dann haben wir überlegt, wie wir diese Erfahrungen an die Bedingungen in Johannesburg anpassen können. ■

Von Schulessen bis Integration. Herausforderungen der Agenda 2030 für die Bundesländer

Nachhaltigkeit ist für die deutschen Bundesländer kein neues Thema. Viele Bundesländer haben bereits vor Jahren eigene Nachhaltigkeitsagenden verfasst. Doch mit der 2015 verabschiedeten Agenda 2030 und ihren universell geltenden Zielen für nachhaltige Entwicklung erhalten sie neue Bedeutung. Die Bundesländer werden wesentlich dazu beitragen müssen, dass Deutschland die mit der Agenda eingegangenen



sef: Beirat im Gespräch 2016

Verpflichtungen erreichen kann. Der Beirat der sef: hatte deshalb am 9. Juni 2016 zu einer Diskussionsrunde über die Umsetzung der Agenda 2030 in Brandenburg eingeladen.

„Wir müssen uns der Verantwortung stellen, die unser Handeln mit sich bringt“, fasste Anne Quart, Staatssekretärin im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg, die Anforderung an die Bundesländer zusammen. Die Probleme von Menschen in anderen Weltregionen würden häufig durch unser Verhalten mit verursacht.

Internationale Dimension von Nachhaltigkeit stärken

Die Agenda 2030 könnte einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dieses Bewusstsein über globale Zusammenhänge zu stärken. Zwar verfügen fast alle Bundesländer über Nachhaltigkeitsstrategien. Doch spielt die internationale Verantwortung darin zumeist keine oder nur eine geringe Rolle. Dies kritisierte auch Marco Büchel MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz im brandenburgischen Landtag. Es sei zwar wichtig, mit den entwicklungspolitischen Leitlinien des Landes ein eigenständiges Dokument der Entwicklungspolitik zu haben. Allerdings müssten ihre Inhalte in eine überarbeitete Nachhaltigkeitsstrategie einfließen.

Nachhaltigkeit in den Köpfen verankern

In Punkto Nachhaltigkeit sei Brandenburg selbst ein Entwicklungsland, so Quart. Die Bundesländer könnten eine Vielzahl von weiteren Maßnahmen in unterschiedlichen Handlungsfeldern ergreifen und müssten mit gutem Beispiel vorangehen, etwa in ihrer Vergabepaxis. Leider, so Quart, enthalte das Brandenburgische Vergabegesetz von 2012 keine Nachhaltigkeitskriterien. Sie war sich mit den anwesenden Landtagsabgeordneten einig, dass hier ebenso nachgebessert werden muss wie bei einer vollwertigen Schulverpflegung, die auf regionale Produkte setzt.

Der Wandel hin zu Nachhaltigkeit kann nur gelingen, wenn er von der Zivilgesellschaft mitgetragen wird. Inwieweit staatliche Dialog- und Teilungsformate dazu beitragen, war umstritten. Sie erreichten nur eine kleine Gruppe bereits Engagierter. Die Mehrheit der Bevölkerung wolle nicht nachhaltig, sondern billig leben, bedauerte die Landtagsabgeordnete Barbara Richstein. Ihr Landtagskollege Michael Jungclaus zeigte sich optimistischer: Die internationalen Ziele der Agenda 2030 würden von den Bürgerinnen und Bürgern durchaus als Orientierungsmaßstab wahrgenommen; in den Gemeinden gebe es viele motivierte und engagierte Gruppen. Auch Friedhelm Boginski, Bürgermeister von Eberswalde, betonte, dass Beteiligung auf kommunaler Ebene am besten gelinge.

Maja Göpel, Leiterin des Berliner Büros des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, forderte,

sef: „Die Herausforderungen der heutigen Welt erfordern innovative Lösungen für Entwicklung, Frieden und Sicherheit – drei Felder, die untrennbar miteinander verbunden sind und deren Zusammenhang die Weltgemeinschaft mit der Agenda 2030 anerkannt hat. Eine ungleiche Welt wird niemals friedlich sein. Und eine unsichere Welt gefährdet auch eine nachhaltige Entwicklung.“

Die Agenda 2030 leitet uns zugleich visionär und mit konkreten Zielen den Weg zu Sicherheit, nachhaltiger Entwicklung und Frieden, sie definiert uns alle als Weltbürger mit einer gemeinsamen globalen Verantwortung. Der Gründungsgedanke der Stiftung Entwicklung und Frieden gilt daher heute wie vor 30 Jahren. Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, in Deutschland und in der Welt, diesen Gedanken jeden Tag neu mit Leben zu erfüllen.“



Peter Altmaier MdB
Bundesminister, Chef des
Bundeskanzleramtes, Berlin

einen Geist des Aufbruchs zu schaffen und in einen internationalen Transformations-Wettbewerb einzutreten. Es liege auf der Hand, dass keine Region in allen Bereichen gleichermaßen erfolgreich sein könne. Deshalb sei es wichtig, eine konkrete Nachhaltigkeits-Vision für das eigene Bundesland zu entwerfen.

Flucht und Migration als Ausdruck globaler Missstände

Wie sehr die Lebensrealitäten in verschiedenen Weltregionen miteinander verbunden sind, hat die Ankunft vergleichsweise vieler Flüchtlinge in Deutschland ab dem Spätsommer 2015 vor Augen geführt. Länder und Kommunen mussten innerhalb kurzer Zeit zahlreiche Herausforderungen bewältigen. Gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bürgerinitiativen haben sie in einem beachtlichen Kraftakt die Unterbringung und Erstversorgung der Flüchtlinge sichergestellt.

Die Agenda 2030 verweist auf die besondere Schutzbedürftigkeit von Flüchtlingen. Zugleich betont sie den positiven Beitrag, den Migrantinnen und Migranten zu nachhaltiger und inklusiver Entwicklung leisten können. Welchen Beitrag können die Bundesländer leisten, um der Agenda 2030 auch in dieser Hinsicht gerecht zu werden? Damit setzten sich entwicklungspolitische Expertinnen und Experten der Bundesländer im April 2016 bei einem sef: Workshop auseinander.

Globales Lernen „professionalisieren“

Aufklärung über Fluchtursachen als Teil des Globalen Lernens kristallisierte sich dabei als eine der zentralen Aufgaben heraus. Die Präsenz von Flüchtlings-

kindern bringe das Thema „globale Verantwortung“ unmittelbar in die Schule, betonte Dr. Kambiz Ghawami, Geschäftsführender Vorsitzender des World University Service. Die Länder sollten im Unterricht Raum für Globales Lernen als Teil der Umsetzung der Agenda 2030 schaffen. Die Qualifizierung von Migrantinnen und Migranten als Unterrichtende sei ein weiteres Feld, in dem die Länder unterstützend wirken könnten, ergänzte Susanne Anger, Sprecherin der Kampagne „Gemeinsam für Afrika“. Darüber hinaus müsse das Globale Lernen in der Lehreraus- und -fortbildung verankert werden.

Wichtig sei ein breiter gesellschaftlicher Dialog auch jenseits der Schulen. Die ohnehin „Bekehrten“ sollten gestärkt werden. In erster Linie müsse der Dialog aber mit Andersdenkenden gesucht werden. Ihre Sorgen dürften nicht reflexartig verneint werden, forderte der Geschäftsführer des Eine Welt Netzes NRW, Udo Schlüter.

Migration als Entwicklungsmotor

Migration kann nicht nur die globale Verständigung verbessern. Sie kann auch einen direkten Beitrag zur Entwicklung leisten, sowohl in den Herkunftsländern – zum Beispiel durch Rücküberweisungen oder den Transfer von Know-how – wie auch in den aufnehmenden Regionen. Entscheidend seien die Entwicklungschancen, die die Migrantinnen und Migranten vor Ort bekommen, erläuterte PD Dr. Uwe Hunger von der Universität Münster. Vordringliche Aufgabe der Politik auf allen Ebenen sei es deshalb, Migrantinnen und Migranten Chancen zu eröffnen und Vernetzung zu fördern. Integrationspolitik sei die beste Entwicklungspolitik. ■

Global Governance Spotlight 4|2016

Die Agenda 2030. Ein Instrument für nachhaltige Entwicklung in fragilen Staaten?

Marc Baxmann

Krieg ist das größte Hindernis für Entwicklung. Die Agenda 2030 hat zum Ziel, Armut weltweit zu beseitigen. Wie kann sie dieses Ziel auch in Krisengebieten erreichen? Fest steht: mit „business as usual“ wird dies nicht gelingen. Im Global Governance Spotlight 4|2016 diskutiert Marc Baxmann von FriEnt deshalb Maßnahmen, die die Friedensdimension der Agenda 2030 wirksam werden lassen können.



Global Governance Spotlight 6|2016

Ist Europa bereit für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung? ... noch nicht

Leida Rijnhout

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung zeichnet sich durch ihren universellen Charakter aus. Ist die EU gut aufgestellt für diese Agenda, die einen Paradigmenwechsel und Politikkohärenz anstrebt? Leida Rijnhout bezweifelt dies. Im Global Governance Spotlight 6|2016 beschreibt sie zentrale Aspekte eines Transformationsprozesses, der für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda durch die EU erforderlich wäre.



Die EU und die Agenda 2030: Noch keine Vision?

Ein gutes Jahr nach Verabschiedung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung stellte die sef: in Brüssel die Frage nach ihrer Umsetzung durch die Europäische Union (EU). Während eine übergreifende Strategie noch fehlt, zeichnen sich Fortschritte bei der Integration der Agenda in den außenpolitischen Aktivitäten der EU ab. Sowohl in der *Global Strategy on Foreign and Security Policy* vom Juni 2016 als auch mit dem Entwurf eines neuen *European Consensus on Development* hat die EU klare



sef: Policy Lunch, November 2016

Signale gesetzt. Ist sie damit auf dem richtigen Weg? Und was sind wichtige nächste Schritte? Darüber diskutierten Mitarbeiter der Europäischen Kommission mit Vertreterinnen von zivilgesellschaftlichen Organisationen im November 2016 im Rahmen eines sef: Policy Lunches.

Die Kritik seitens der Zivilgesellschaft war deutlich. Mit der Verabschiedung der Agenda 2030 in New York sei die Arbeit nicht getan. Im Gegenteil, jetzt gehe sie erst richtig los. Doch noch fehle der EU eine gemeinsame Vision zur Umsetzung der Agenda. Die EU habe ihren universellen Charakter noch nicht verinnerlicht. Viele Akteure in den europäischen Institutionen und den Mitgliedstaaten betrachteten sie als eine Agenda für Entwicklungsländer.

Die Vertreterinnen der Zivilgesellschaft beklagten insbesondere, dass die Interessen von Großunternehmen Fortschritte in der EU-Nachhaltigkeitspolitik behinderten. Sie forderten, die grundlegenden Ursachen für Armut innerhalb und außerhalb der EU anzugehen. Dazu gehöre der Wettlauf um natürliche Ressourcen, den die EU unterstütze.

Innenpolitische Umsetzung schwierig

Die Vertreter der Europäischen Kommission sahen die Verankerung der Agenda in der EU positiver – zumindest in der Außenpolitik. Es gebe bereits

eine enge und selbstverständliche Zusammenarbeit zwischen dem Europäischen Auswärtigen Dienst und der Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Agenda 2030 auch in der EU-Innenpolitik zu verankern, sei sehr viel schwieriger. Das sei nicht überraschend, denn die Agenda 2030 sei eine transformative Agenda, die jeden einzelnen in seiner Lebenswirklichkeit treffe. Bestehende Instrumente müssten an sie angepasst und neue Instrumente entwickelt werden. Die Herausforderung liege darin, vom Papier zur realen Umsetzung zu kommen. Dazu müssten verschiedene Interessen miteinander in Einklang gebracht werden.

Mehr Dialog zwischen EU und Zivilgesellschaft

Die Veranstaltung machte deutlich, dass zur Umsetzung der Agenda 2030 auch ein echter Dialog zwischen der Europäischen Kommission und der Zivilgesellschaft fehlt. Online-Konsultationen könnten einen direkten Austausch nicht ersetzen, kritisierten die Vertreterinnen der zivilgesellschaftlichen Organisationen. Es gebe nicht nur ein Silo-Denken innerhalb der EU-Institutionen, sondern auch zwischen der EU und der Gesellschaft. Dabei hätten viele Menschen längst verstanden, dass sie ihren aktuellen Lebenswandel nicht beibehalten können – auch ohne die Agenda 2030 zu kennen. Der fehlende Austausch mit den EU-Institutionen habe aber zur Folge, dass gesellschaftliche Innovationen keinen Eingang in die Politik fänden. ■

sef: „Heute sind wir weit fortgeschritten auf dem Weg, die Welt zu werden. Wir erleben jedoch das Ende der Wohlfühlglobalisierung und stehen vor enormen Herausforderungen: Entgrenzte Kriege, entwurzelte Menschen, die Klimakrise und globale Ungleichheit. Sie zeigen uns immer wieder, wie unser Handeln im Hier und Jetzt die Menschen anderswo und die Menschen von morgen betrifft. Mehr denn je müssen wir im globalen Zusammenwachsen bei uns zuhause anfangen, die Dinge zu verändern.“

Den Fahrplan zur Veränderung der Ursachen dieser großen Menschheitsaufgaben haben die Staaten mit den nachhaltigen Entwicklungszielen beschrieben. Denn im Sinne der globalen Entwicklung für eine Welt ohne Grenzen, ohne Vorurteile, ohne Hunger und Angst vor Zerstörung ist auch Deutschland ein Entwicklungsland. Wir sind alle Weltbürger mit nur einer Heimat: Dieser Erde.“



Claudia Roth MdB
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestags, Berlin

Programmbereich III: Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten

Ursachen von Flucht und Migration erkennen und bearbeiten

„Wir müssen die Fluchtursachen bekämpfen“. Dies war im Jahr 2016 ein oft gehörter Satz quer durch alle Parteien und politischen Ebenen hinweg. Über die Bedeutung dieser Formel wurde aber ebenso gestritten wie über die geeigneten Mittel. Doch was genau sind die Gründe, die Menschen dazu zwingen, ihre Heimat zu verlassen? Wie können wir die Bedürfnisse und Rechte der Menschen auf der Flucht in den Vordergrund stellen? Wie kann die interna-



Global Media Forum 2016: sef: Roundtable Talk

tionale Gemeinschaft ihrer Verantwortung gerecht werden? Und wie wird über Flüchtlinge in den Medien berichtet? Mit diesen Fragen beschäftigte sich die sef: 2016 im Rahmen mehrerer Veranstaltungen und Publikationen.

Authentischere Berichterstattung erwünscht

Die Art und Weise, wie Flüchtlinge in den Medien dargestellt werden, stand im Mittelpunkt einer Gesprächsrunde der sef: im Rahmen des Deutsche Welle Global Media Forums. Margreth Lünenborg, Professorin für Journalismus an der Freien Universität Berlin, berichtete, dass sehr oft auf Stereotype zurückgegriffen werde. Vorhandene Ängste und Vorurteile in der Bevölkerung würden geschürt, wenn Flüchtlinge permanent als „die Bösen“ oder „die Anderen“ dargestellt werden. Die häufig unreflektiert erscheinende und politisierte Wortwahl kritisierte Nazek Ramadan, Direktorin von Migrant Voice. Sie plädierte dafür, Flüchtlinge stärker in den traditionellen Medien zu Wort kommen zu lassen. Sherry Al Hayek, Bloggerin und Freie Journalistin aus Syrien, regte an, die existierenden sozialen Netzwerke für die journalistische Recherche zu nutzen. Dort fänden sich viele authentische Berichte von Flüchtlingen.

„Krise der Solidarität“

Die Ursachen von Flucht und erzwungener Migration standen im Mittelpunkt des Berliner Sommerdialogs. Auch hier klang an, dass das in den Medien vermittelte Bild einer „europäischen Flüchtlingskrise“ überprüft werden muss. Fabrizio Hochschild, Stellvertretender Sondergesandte des UN-Generalsekretärs für den UN-Gipfel zu Flucht und Migration, diagnostizierte stattdessen eine weltweite Krise der Solidarität, der fairen Aufgabenverteilung und der internationalen Kooperation. Zu wenige Länder seien bereit, Flüchtlinge aufzunehmen.

Nach Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF) an der Universität Duisburg-Essen und Vorstandsmitglied der sef:, befinden wir uns in einer „Weltordnungskrise“, die auch zu Flucht und Vertreibung führt. Die Lähmung der Großmächte im Syrienkonflikt sei ein Beispiel dafür. Konflikte würden heute nicht mehr über verhandelte Friedensabkommen beigelegt. Stattdessen hoffe man, durch militärisches Eingreifen einen schnellen Regimewechsel zu erreichen.

Dem Extremismus den Nährboden entziehen

Ein weiterer Faktor, der zu Flucht und Migration führt, ist die Ausbreitung extremer islamistischer Splittergruppen in der arabischen Welt und in Teilen Afrikas und Asiens. Die Folgen ihres Handelns sind eklatant: In Afrika sind gegenwärtig mehr als 3 Millionen Menschen vor allem innerhalb ihrer Länder vertrieben. Viele Regionen werden in ihrer Entwicklung empfindlich zurückgeworfen. Bisher wirken die Versuche, den extremistischen Einfluss zu verringern, eher hilflos. Militärische Optionen zeigen kaum Wirkung, langfristige Projekte im Sinne der Prävention wären erforderlich.

Global Governance Spotlight 5|2016

Der UN-Gipfel über Flüchtlinge und Migranten. Was kann er bewirken?

T. Alexander Aleinikoff

Im Vorfeld des UN-Gipfels analysierte der ehemalige Stellvertretende Hohe Flüchtlingskommissar der UN, T. Alexander Aleinikoff, den Entwurf für ein Abschlussdokument, das die Mitgliedstaaten im September 2016 verhandelten. Ziel war es, eine bessere Kooperation angesichts der weltweiten Migrations- und Fluchtbewegungen zu erreichen.



Mohammed Yahya, Regionaler Programmkoordinator für Afrika beim Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, sah die drei- bis vierjährigen Projektzyklen der internationalen Geberorganisationen als besondere Herausforderung für eine langfristige Präventionsarbeit. Um dem Extremismus die Anziehung zu nehmen, müssten strukturelle Veränderung vor Ort umgesetzt werden. Zu ihnen zählten eine bessere Regierungsführung, eine gerechtere Nutzung natürlicher Rohstoffe sowie bessere Bildungs- und Jobchancen auf dem lokalen Arbeitsmarkt.



Berliner Sommerdialog 2016

Migration durch Umweltveränderungen steuern statt verhindern

Umweltveränderungen führen nicht zwingend zu mehr Migration; Migration ist aber traditionell eine Anpassungsstrategie. Das gilt vor allem dann, wenn die Veränderungen das (Über)leben in betroffenen Regionen unmöglich machen. Eine besondere Rolle spielen bereits vorhandene Konflikte, zum Beispiel über natürliche Ressourcen. Zu einer Verstärkung von Konflikten kann es ebenfalls kommen, wenn Menschen in großer Zahl vom Land in die Städte wandern. Um den Risiken einer Ausbreitung von Slums am Rande von Megacities entgegen zu wirken, plädierte Prof. Dr. Tasneem Siddiqui, Vorsitzende des Forschungsinstituts für Flucht- und Migrationsbewegungen an der Universität Dhaka, für eine frühzeitige Steuerung von Migration, in dem gezielt mittlere Städtereionen ausgebaut und attraktiv gemacht würden. In der Umsetzung sei Korruption oft das größte Hindernis.

Perspektiven in langanhaltenden Fluchtsituationen

Langanhaltende Konflikt- und Fluchtsituationen bringen besondere Herausforderungen: Kurzfristig ist zunächst eine Grundversorgung wichtig. Langfristig brauchen Geflüchtete jedoch eine Perspektive. Dies bedeutet für Kinder und Jugendliche Zugang zu Bildung und Ausbildung. Für die Erwachsenen ist es zentral, für ihr eigenes Einkommen arbeiten zu können. Was einfach klingt, ist in der praktischen Umsetzung häufig schwer erreichbar. Aufnehmende Gemeinden gehen zunächst von einer kurzen Verweildauer aus und wollen langfristige Strukturen vermeiden. Un-

klarheit über Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen erschweren es, selbst über das eigene Leben zu bestimmen. Hier gibt es auch viel Konfliktpotenzial, das bei den internationalen Programmen mitberücksichtigt werden muss. Nora Kariba, Programm-Managerin bei der Organisation Windle Trust Kenya, hat gute Erfahrungen damit gemacht, in der Bildungsarbeit Geflüchtete und lokale Bevölkerung zueinander zu bringen. Durch den gemeinsamen Schulbesuch könnten Spannungen und Vorurteile abgebaut werden. Zudem biete Bildung etwas, das Flüchtlinge auch bei einer Rückkehr „mitnehmen“ könnten.

Kernprobleme anpacken statt Symptome behandeln

Bei Debatten um das Thema Flucht und (erzwungene) Migration wird deutlich, dass viele der diskutierten Maßnahmen eher wie ein Pflaster wirken, aber nicht die tiefergehenden Probleme lösen. Nicht nur die weiter oben skizzierte Weltordnungskrise stellt dabei eine Herausforderung dar. Auch die Krise des vorherrschenden Wirtschaftssystems und der damit verbundene Raubbau an unserer Natur werden uns in den kommenden Jahren weiter beschäftigen. Die wachsende Ungleichheit zwischen Arm und Reich birgt weiteres Potential für Konflikte. Ein engagiertes Nachdenken, wie die Welt insgesamt gerechter gestaltet werden kann, sollte deshalb ein nächster Schritt sein – so das zentrale Fazit des Berliner Sommerdialogs 2016. ■

sef: „The international refugee protection system emerged from the horrors of two world wars, yet we still live in a world which has not realized peace. In a time of increasing conflict, displacement, and disillusionment, the founding principles of the Development and Peace Foundation (sef:) are more relevant than ever. In recent years, more people endured displacement for longer periods of time, and the protracted nature of many crises leave more than 60 million displaced persons without hope for solutions.

We are witnessing the highest displacement numbers since World War II. World leaders of this generation must respond with strength, principles, and determination to put an end to conflict, the North-South divide, and violations of human rights. Not surprisingly, Willy Brandt said it best: ‘Peace, like freedom, is no original state which existed from the start; we shall have to make it.’“



Amin Awad,
UNHCR Director of the Middle East and North Africa Bureau, and Regional Refugee Coordinator for the Syria and Iraq emergencies, Amman

„Wir wollen die Debatte wieder menschlicher machen“

Interview mit Fabrizio Hochschild, Stellvertreter Sonderberater des UN-Generalsekretärs für den Gipfel zu großen Flucht- und Migrationsbewegungen in New York im September 2016, Juni 2016



Welches Ziel verfolgt der UN-Gipfel zu Flucht und Migration?

Eines der Hauptziele ist, dass die Staaten besser miteinander kooperieren. Von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen haben gerade mal sechs Länder mehr als die Hälfte aller Flüchtlinge weltweit aufgenommen. Lediglich 10 Staaten zahlen rund 75 Prozent der Mittel in die UN ein, die für ihre Versorgung nötig sind. Wir brauchen also viel mehr Länder, die diese große Aufgabe gemeinschaftlich koordinieren. Das zweite große Ziel des UN-Gipfels wird es sein, die Menschenrechte stärker in den Fokus zu rücken. Mehr als 50.000 Migrantinnen und Migranten sind in den vergangenen 15 Jahren für Sicherheit und ein besseres Leben gestorben. Das ist eine große Tragödie. Wir hoffen, dass die internationale Gemeinschaft zusammenkommen wird, um all diejenigen, die sich auf den Weg machen, besser zu schützen.

Wie kann die Solidarität zwischen den UN-Mitgliedstaaten gestärkt werden?

Ich glaube, es ist ein bisschen wie beim Klimawandel. Zunächst müssen die Staaten das globale Problem anerkennen. Man kann nicht so tun, als ginge es hier nur um das Problem des jeweiligen Landes, das zufälligerweise an ein Land grenzt, aus dem Menschen aufgrund von Naturkatastrophen oder extremer Armut fliehen. Migration und Flucht sind globale Phänomene und müssen deshalb auch in globaler Kooperation bearbeitet werden. Das ist das Wichtigste. Zweitens ist es notwendig anzuerkennen, dass die Versorgung von Flüchtlingen in aufnehmenden Gemeinden besonders schwierig ist, wenn niemand darauf vorbereitet ist.

Wie wollen die UN gegen die weltweit wachsende Fremdenfeindlichkeit vorgehen?

Der UN-Generalsekretär hat bereits sehr deutlich gemacht, dass Fremdenfeindlichkeit absolut unangebracht ist. Mit einer Kampagne wollen wir dafür sorgen, dass Migrantinnen und Migranten und diejenigen, die schon länger in einer Region leben, miteinander ins Gespräch kommen. Denn viele Vorurteile entstehen durch falsche Information oder Ignoranz. Immer wieder wird behauptet, dass

Migrantinnen und Migranten den Wohlfahrtsstaat missbrauchen und eine Belastung für die Wirtschaft darstellen. Studien zeigen aber das Gegenteil: Migrantinnen und Migranten übernehmen häufig die Jobs, die selten jemand machen möchte und sorgen mit ihren Steuern für das Gemeinwohl. Wir wollen mit unserer Aufklärungskampagne die Debatte wieder menschlicher machen. Denn wir sind alle Menschen, deren DNA in den meisten Fällen selbst von Migration geprägt ist. ■

sef: „Entwicklung braucht Sicherheit – die Gewissheit, ein Leben in
wird 30 Rechtsstaatlichkeit und in einem von Respekt getragenen gesellschaftlichen Miteinander führen zu können. Entwicklung braucht Verantwortung – die Verlässlichkeit der internationalen Gemeinschaft, die für Zusammenhalt und Schutz eintritt. Entwicklung fördert Frieden. Daran arbeiten wir in der GIZ – jeden Tag weltweit. Die sef: liefert seit 30 Jahren wertvolle Expertise in diesem Kontext. Herzlichen Glückwunsch und weiter so!“



Tanja Gönner
Vorstandssprecherin, Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Frankfurt am Main/Bonn

„Jeder hat das Recht zu entscheiden, ob er bleiben oder gehen möchte“

Interview mit Prof. Dr. Tasneem Siddiqui, Vorsitzende des Forschungsinstituts für Flucht- und Migrationsbewegungen an der Universität von Dhaka, Juni 2016



Was unternimmt Bangladesch im Bereich der klimabedingten Migration?

Anfangs hatte die Regierung von Bangladesch keinen besonderen Ansatz für den Umgang mit Menschen, die aufgrund des Klimawandels innerhalb des Landes fliehen mussten. In allen Bereichen, ob in den nationalen Anpassungsplänen oder der Strategie gegen den Klimawandel, wurde Migration eher aus Angst betrachtet. Man dachte, die beste Lösung wäre, wenn Menschen vor Ort bleiben könnten und gar nicht migrieren müssten. Aber es wurde durch verschiedene Studien klar, dass bereits vier Millionen Menschen ihre Heimat verlassen hatten. Deshalb entwickelte die Regierung eine Strategie zum „Management von katastrophen- und klimawandelbedingter interner Vertreibung“. Sie sieht in der Migration nicht unbedingt einen Hinweis auf eine fehlgeschlagene Anpassung.

sung an den Klimawandel. Der rechtebasierte Ansatz geht davon aus, dass jeder das Recht hat, selbst zu bestimmen, ob er bleiben oder weggehen möchte.

Wie können die Rechte der betroffenen Gemeinschaften geschützt werden?

Dies ist eine sehr wichtige Frage, denn früher wurden die Rechte der Flüchtenden, insbesondere im Hinblick auf ihre Landrechte, nur wenig geschützt. Um die Umsiedlung auf einen rechtebasierten Ansatz zu stützen, könnten die Menschen in dreierlei Hinsicht unterstützt werden: Wenn sie zurückkehren wollen, wenn sie an ihrem neuen Ort bleiben und sich integrieren wollen oder wenn sie nicht an dem Ort bleiben können, wohin sie zunächst geflohen sind. Dieser Ansatz wird bisher noch nicht gut umgesetzt. Besonders schwierig ist es, Menschen dorthin umzusiedeln, wo sie auch Zugang zu Infrastruktur und Arbeitsmöglichkeiten haben. Bisher wurden Menschen eher an Orte umgesiedelt, an denen es keine Zukunft für sie gab und wo sie nicht langfristig bleiben wollten. Das ist eine große Herausforderung für eine koordinierte Umsiedlung. An anderer Stelle fällt es oft schwer, sich vor Ort zu integrieren. Denn auch innerhalb eines Landes existieren Ängste davor, dass die Umgesiedelten möglicherweise Kriminalität begünstigen oder der lokalen Bevölkerung Arbeitsplätze wegnehmen. Diese Ängste sind da und müssen von der Regierung und zivilgesellschaftlichen Organisationen ernst genommen werden. ■

„Die Fluchtsituationen am Horn von Afrika sind aus dem Blick geraten“

Interview mit Caroline Njuki, Regional Koordinatorin für Migration bei der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD) in Dschibuti, Juni 2016



Was sind die großen Herausforderungen in Bezug auf Flucht und erzwungene Migration in Ostafrika und dem Horn von Afrika?

Erstens liegt die besondere Herausforderung in der langen Aufenthaltsdauer vieler Vertriebenen am Horn von Afrika. Ein Großteil der Flüchtlinge lebt seit mehr als 20 Jahren in langanhaltenden Fluchtsituationen. Dies ist eine ganz andere Lage als bei Flüchtlingen, die aus einem neuen Konflikt heraus fliehen. Außerdem wurde die Politik bisher eher nach dem Prinzip „Ein Konzept für alle“ betrieben. In den meisten Ländern, mit Ausnahme von Uganda, leben die Flüchtlinge in angelegten Lagern. Zweitens sind in den letzten Jahren viele weitere Konfliktsituationen entstanden, die zu neuer Flucht führten.

Drittens ist bei vielen der Eindruck entstanden, dass die Fluchtsituationen am Horn von Afrika aus dem Blick geraten sind, vor allem seit der Krieg in Syrien die Schlagzeilen beherrscht. Dies wird besonders deutlich durch die Kürzungen, die das World Food Programme bei den verteilten Essensrationen vor Ort vornehmen musste. Denn hier fehlt es besonders an Geld. Dies erhöht die Risiken für Flüchtlinge. Sie wenden sich entweder Schleppern zu oder Extremisten, die ihnen für Dienste Kleinbeträge zahlen. Dafür sind sie bereit, alles zu tun. Bei 500.000 Flüchtlingen, die keinen Zugang zu Nahrung oder Infrastruktur wie Bildung und Gesundheitssystemen haben, verschärft dies die Situation zusätzlich. In anderen Ländern, wo Flüchtlinge auch soziale Infrastruktur in Anspruch nehmen können, wie zum Beispiel in Uganda, werden wiederum die Ressourcen der lokale Bevölkerung übermäßig beansprucht.

Wie können Flüchtlinge in den Nationalen Entwicklungsplänen besser berücksichtigt werden?

Eine der Hauptdiskussionen, die wir am Horn von Afrika derzeit führen, beschäftigt sich damit, wie Flüchtlinge bei der Planung von staatlichen Dienstleistungen einbezogen werden können. Ein gutes Beispiel ist der Gesundheitsbereich. Über eine lange Zeit hatten Flüchtlinge keinen Zugang zu HIV-Medikamenten. Auf regionaler Ebene entwickelte die IGAD ein Programm, mit dem auch Flüchtlinge Zugang zu Gesundheitsleistungen bekommen können. Wenn also jemand von Äthiopien nach Kenia flüchtet, erhält er dort mit seiner Gesundheitskarte weiterhin Zugang zu wichtigen Medikamenten. Es wurde aber auch deutlich, dass Flüchtlinge in den nationalen Entwicklungsplänen oft nicht mitbedacht wurden. Hier hat sich bereits einiges geändert. ■

Foreign Voices 1|2016

Migration Governance in the IGAD Region

Caroline Njuki

In Nordostafrika spielen Migration und Mobilität eine wichtige Rolle. Welche Chancen eröffnen sie für die Region? Wie kann eine Balance zwischen der Förderung von Mobilität und der Eindämmung irregulärer und erzwungener Migration gelingen? Auf welchen Säulen sollte eine effektive Migrationspolitik aufgebaut sein?

Caroline Njuki, regionale Migrationskoordinatorin der Regionalorganisation IGAD (Intergovernmental Authority on Development), gibt in den Foreign Voices 1|2016 Empfehlungen, wie nationale Migrationspolitik die Rolle der IGAD in der Politikentwicklung und Koordinierung ergänzen kann.



Migrationspolitik in Afrika. Noch lange keine Priorität

Migrationsbewegungen nach Europa waren 2016 ein prominentes Thema in der öffentlichen Debatte. Nach Schließung der Balkanroute lag der Fokus vor allem auf der Migration von Afrika nach Europa. Kaum Beachtung fand dabei die Tatsache, dass der weitaus größte Teil afrikanischer Migrantinnen und Migranten innerhalb ihrer Region verbleibt. Eine koordinierte Migrationspolitik innerhalb dieser Regionen wäre besonders wichtig, um von den positiven Effekten von Migration zu profitieren und die Risiken und Kosten möglichst gering zu halten.



Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016

In mehreren Veranstaltungen und Publikationen untersuchte die sef: 2016 entsprechende Politiken der Afrikanischen Union (AU), der regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) und ausgewählter afrikanischer Nationalstaaten. Während der Potsdamer Frühjahrsgespräche diskutierten über 70 Migrationsexpertinnen und -experten aus Afrika und Europa bestehende Strategien. Im Zentrum standen dabei Fragen wie: Welche regionalen Vereinbarungen und Dialogprozesse gibt es im Bereich Migration, welche Ziele haben sie? Wie werden sie in der Praxis umgesetzt? Wie können die Potenziale von geregelter Migration und Mobilität besser genutzt werden? Welche Rolle kann dabei die Entwicklungszusammenarbeit spielen?

Migrationspolitik ist nichts Neues für afrikanische Regierungen und die RECs. Einige der regionalen und kontinentalen Instrumente wurden bereits vor Jahrzehnten eingeführt. In allen RECs wurden in den letzten Jahren Protokolle zur Personenfreizügigkeit initiiert – meist nach dem Vorbild der Europäischen Union (EU). Sie unterscheiden sich jedoch stark hinsichtlich der Tiefe der geplanten Integration. Das prominenteste kontinentale Vorhaben ist derzeit der Plan für einen afrikanischen Pass, der bis 2018 eingeführt werden soll. Der Pass soll – ebenfalls nach europäischem Vorbild – Migration und Mobilität endgültig selbstverständlich machen.

Fehlende Implementierung bestehender Politik

Das Hauptproblem vieler verabschiedeter Protokolle und Instrumente ist jedoch die fehlende Implementierung. Dr. Mehari Taddele Maru, Migrationsberater für die AU und die Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD), nannte als Hauptgrund die mangelnde Priorisierung von Migrationspolitik: „In der EU ist Migration ganz oben auf der Agenda, in der AU aber noch nicht einmal unter den Top Ten der Themen. Diese Lücke muss geschlossen werden“, argumentierte er. Eine Folge dieser geringen Gewichtung ist die mangelnde personelle und finanzielle Ausstattung der entsprechenden Behörden.

Auch überlappende Mitgliedschaften und mangelnde Akzeptanz der Regionalorganisationen behindern das Umsetzen regionaler Vereinbarungen. Im südlichen Afrika werden multilaterale Migrationsabkommen häufig durch bilaterale Abkommen umgangen. In anderen Fällen braucht die Umsetzung schlichtweg mehr Zeit als geplant: Ghana gilt als Pionier, was die visumsfreie Einreise von Afrikanerinnen und Afrikanern angeht. Das Land hatte im Jahr 2010 den ECOWAS-Pass eingeführt. Seit der Ratifizierung des entsprechenden Protokolls waren zu diesem Zeitpunkt aber bereits 31 Jahre vergangen.

Für mehr Verständnis werben

Ein roter Faden, der sich durch die Diskussionen zog, war das Werben um mehr Verständnis für Migration. Dies gelte für die Menschen in Herkunfts- und Zielländern. Gleichzeitig müsse die Politik daran arbeiten, die Bedeutung von Migration für wirtschaftliche Entwicklung besser wertzuschätzen. Aufnahmegemeinden und Regierungen würden zwar erkennen,

Global Governance Spotlight 1|2016

Zurück im Geschäft. Die OSZE und Konflikte in Europas Nachbarschaft

Christian Nünlist



Nach einer Phase vermeintlicher Irrelevanz hat es die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 2014 zurück ins Rampenlicht der internationalen Politik geschafft. Sie zeigt großes Engagement im Ukraine-Konflikt und übernimmt eine konstruktive Rolle in der Vermittlung zwischen Russland und dem Westen. Das instabile Umfeld in Europas unmittelbarer Nachbarschaft bedeutet für die Organisation aber weiterhin eine große Herausforderung, die nur mit kleinen pragmatischen Schritten angegangen werden kann. Wie diese aussehen könnten, beschreibt Dr. Christian Nünlist im Global Governance Spotlight 1|2016.

dass Arbeitsmigration der Wirtschaft nützt. Dennoch „mögen sie oft schlichtweg die Menschen nicht“, wie Gibril Faal, Vorsitzender der African Foundation for Development (AFFORD), kritisierte. Niemandem dürfe das Recht auf Mobilität abgesprochen werden. Migration sei in Afrika – wie in anderen Weltregionen – immer schon Teil des täglichen Lebens gewesen.

Verlässliche Daten sind wichtig

Um Migrationspolitik effektiv umzusetzen, sind verlässliche Daten wichtig. Wer migriert wohin und warum? Wie lange bleiben die Menschen? Welche Bedürfnisse haben sie? Antworten auf diese Fragen sind häufig nicht erfasst. Das Joint Labour Migration Programme (JLMP), das von der Kommission der Afrikanischen Union (AUC), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) und anderen Partnern umgesetzt wird, möchte diese Lücke schließen. Zu diesem Zweck erhebt es Statistiken zu Merkmalen und Bedingungen von Arbeitsmigration, die für Arbeitsmarktpolitiken, aber auch für Themen wie Unternehmensentwicklung, Investitionen, Bildung und soziale Absicherung wichtig sind.

Das African Institute for Remittances (AIR) Project der AU hat sich ebenfalls zum Ziel gesetzt, für verlässlichere Daten zu sorgen. Es erfasst die Summen und Wege von Rücküberweisungen von Mitgliedern der Diaspora, von denen bislang nur ein Drittel registriert wird. Mit immer noch 13% sind die innerafrikanischen Transaktionskosten besonders hoch. Das AIR Project wirkt auf eine Senkung dieser Kosten hin, damit die Gelder künftig effektiver zur Entwicklung der Heimatländer beitragen können.

Ist Fluchtursachenbekämpfung zielführend?

Die Rolle der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit bei der Gestaltung und Umsetzung afrikanischer Migrationspolitik wurde in Potsdam kontrovers diskutiert. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unterstützt die konzeptionelle Entwicklung nationaler Migrationspolitiken in vielen afrikanischen Ländern. Viele Teilnehmende kritisierten in diesem Zusammenhang den Einfluss, den externe Akteure auf Migrationspolitik in Afrika zu haben scheinen. Sie äußerten die Sorge, dass Blaupausen aus anderen Weltregionen herangezogen werden könnten. Vor allem der Begriff der „Fluchtursachenbekämpfung“, den die Entwicklungszusammenarbeit vielfach verwendet, wurde in diesem Zusammenhang kritisiert. Für Anna Knoll vom European Centre for Development Policy Management (ecdpm) negiert dieser Begriff die individuelle Entscheidung von Migrantinnen und Migranten, die eigentlich im Zentrum von Migrationspolitik stehen sollte.

Klar wurde in Potsdam, dass für eine koordinierte afrikanische Migrationspolitik verschiedene Ressorts

auf nationaler, regionaler und kontinentaler Ebene mit der Zivilgesellschaft und dem Privatsektor zusammenarbeiten müssen. Entscheidend ist letztlich der politische Wille, das Potenzial von Migration zu nutzen. ■

„Migration ist das älteste Heilmittel gegen Armut“

**Interview mit Gibril Faal,
Director GK Partners, London,
April 2016**

**Welche Verbindung sehen
Sie zwischen Migration und
Entwicklung?**



Wenn sich ein gutes und produktives Leben nicht umsetzen ließ, sind Menschen stets an einen anderen Ort gezogen. Menschen haben immer schon versucht, woanders neue Ressourcen und neue Perspektiven für ihr Leben zu finden. Migration, Entwicklung und Armutsreduzierung sind deshalb grundlegend miteinander verbunden. Migration ist sozusagen das älteste Heilmittel gegen Armut.

Sie setzen sich besonders für Diasporagemeinschaften und deren Beitrag zur Entwicklung ihres Herkunftslandes ein. Wie kann dieser aussehen?

Menschen, die migrieren, bilden die Diaspora ihres Herkunftslandes. Die Diaspora umfasst aber auch deren Kinder und Enkel sowie mehrere Generationen von Menschen, die migriert sind – vielleicht sogar schon vor Jahrhunderten. All diese Menschen können Ideen, Ressourcen und finanzielle Mittel zur Entwicklung ihres Herkunfts- oder auch Ursprungslands beitragen. Sie können auch noch ein viertes Element beitragen, nämlich die Idee des Unternehmertums. Diese vier Faktoren stimmen zufälligerweise mit den allgemeinen Faktoren wirtschaftlicher Produktion überein.

Umgekehrt, wie kann die Politik das Potenzial der Diaspora einbinden?

Zwei Strategien sind notwendig: einerseits müssen strukturelle und bürokratische Hindernisse für das Engagement der Diaspora beseitigt werden. Andererseits müssen Innovationen aktiv gefördert werden. Unter Ersteres fällt z.B. die Zuerkennung doppelter Staatsbürgerschaft oder das Aufheben von Investitionsrestriktionen. Letzteres umfasst das proaktive Anwerben von Investitionen, Geschäftsleuten und Finanzmechanismen, die die Fähigkeiten und Ressourcen der Diaspora einsetzen. Derzeit wird beispielsweise über die Entwicklung von Diaspora-Anleihen nachgedacht. ■

„Migrationspolitik ist eine Frage des politischen Willens“

Interview mit Takiyaa Manuh, Direktorin der Abteilung für soziale Entwicklungspolitik, Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA), Addis Abeba, April 2016



Welche Rolle spielt die Arbeitsmigration in Afrika?

Arbeitsmigration ist eine wichtige Überlebensstrategie in Afrika. Denn viele afrikanische Staaten sind nicht in der Lage, Arbeitsplätze für die weiter wachsende Bevölkerung zu schaffen. Gleichzeitig kann Arbeitsmigration viel zu der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region beitragen. Viele bisherige Instrumente zur wirtschaftlichen Integration sind jedoch noch nicht effektiv genug. Eine Herausforderung ist beispielsweise, dass Mitgliedstaaten die Entscheidungen der Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (RECs) übergehen können. So können viele Staaten weiterhin restriktive nationale Politiken umsetzen.

Arbeitsmigration wird bislang zu wenig als Wirtschaftsmodell gesehen. Dafür verantwortlich sind aber nicht nur die Regierungen, sondern auch der Privatsektor. Es ist wichtig, dass die Menschen verstehen, welchen Beitrag Migrantinnen und Migranten zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten. Oft fehlt auch das Wissen darüber, dass Migrantinnen und Migranten qualifizierte Arbeit nur annehmen können, wenn es einen Engpass auf dem Arbeitsmarkt gibt. Bildung und ein verbessertes öffentliches Bewusstsein könnten auch fremdenfeindliche Reaktionen verhindern.

Wo setzt das Joint Labour Migration Programme for Africa (JLMP) an?

Das JLMP ist eine von der Kommission der Afrikanischen Union (AUC), der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Internationalen Organisation für Migration (IOM), der UN-Wirtschaftskommission für Afrika (UNECA) sowie dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) gegründete Initiative. Das Programm hat die Harmonisierung von Migrationspolitik für eine bessere regionale Integration und Entwicklung zum Ziel.

Obwohl es sehr viel Arbeitsmigration in Afrika gibt, fehlt es an Daten, Ressourcen und Harmonisierung in der Politik. Unser erstes Ziel ist deshalb, Daten zu erheben. Um dem Fachkräftemangel zu begegnen, müssen wir wissen, wo dieser genau herrscht. Eine weitere Priorität ist es, eine soziale Absicherung für

Migrantinnen und Migranten umzusetzen. Dafür müssen aber die nationalen Sozialsysteme robust genug sein. Denn ein Land, das kein gutes Sozialsystem für seine eigenen Bürger hat, wird kaum in der Lage sein, Migrantinnen und Migranten abzusichern.

Was müssen die RECs tun, um das JLMP umzusetzen?

Zunächst müssen die unterschiedlichen Protokolle, die die RECs unterzeichnet haben, umgesetzt werden. Die RECs müssen ihre Visaoffenheit verbessern. Nur in 55% aller afrikanischen Staaten ist eine Einreise ohne Visa möglich. Das muss eindeutig ausgebaut werden. Letztlich ist alles jedoch eine Frage des politischen Willens. Denn solange Staaten die Entscheidungen der RECs übergehen können, haben diese nur einen kleinen Gestaltungsspielraum. ■

sef: Studie

Regionale Migrationspolitik auf dem afrikanischen Kontinent. Aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven

Lorenzo Fioramonti/
Chris Nshimbi



Migration ist in Afrika vor allem ein regionales Phänomen. Regionales Migrationsmanagement wäre deshalb wichtig, um die positiven Effekte von Migration zu nutzen und negative Auswirkungen zu vermeiden. Welche Gesetze und politischen Initiativen zur Regelung von Migration gibt es auf kontinentaler und regionaler Ebene? Wie sind diese zu bewerten? Was sind mögliche Zukunftsszenarien für regionale Migration in Afrika? Welche Einflussmöglichkeiten haben externe Akteure wie z.B. die Europäische Union?

Die sef: Studie unter dem Titel „Regionale Migrationspolitik auf dem afrikanischen Kontinent. Aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven“ gibt Antworten auf diese Fragen. Sie bietet einen Überblick über Politik und Praxis in den drei regionalen Wirtschaftsgemeinschaften West- und Ost- sowie des südlichen Afrikas.

Der Weltgipfel für humanitäre Hilfe 2016 und die EU

55 Staats- und Regierungschefs und Delegationen von 173 Ländern sowie 9.000 weitere Stakeholder trafen sich im Mai 2016 in Istanbul zum ersten Weltgipfel für humanitäre Hilfe. Sie verabschiedeten eine von UN-Generalsekretär Ban Ki-moon vorgeschlagene „Agenda für Humanität“ mit fünf Kernverantwortungen:

1. Die Verantwortung der Politik, Konflikte zu verhindern und zu beenden
2. Die Verantwortung, das Recht durchzusetzen
3. Die Verantwortung, niemanden zurückzulassen
4. Die Verantwortung, die Abhängigkeit von Hilfe zu überwinden
5. Die Verantwortung, in Humanität zu investieren.



sef: Policy Lunch, Mai 2016

Dem Gipfel vorangegangen war ein umfangreicher Konsultationsprozess, der in drei Jahren über 23.000 Personen in 157 Ländern involviert hatte. Kurz vor dem Gipfel zog sich die Hilfsorganisation Médecins Sans Frontières (MSF) medienwirksam aus dem Prozess zurück. Sie argumentierte, dass durch das Gleichsetzen von Staaten mit Nichtregierungsorganisationen und UN-Institutionen die Verantwortung der Staaten zu klein gehalten werde.

Prozess mit zu hohen Ambitionen?

War der Vorbereitungsprozess also gescheitert? Dies war eine der Fragen, die während eines sef: Policy Lunches in Brüssel kurz vor dem Gipfel heftig diskutiert wurden. Die Panellisten waren sich einig, dass die ursprüngliche Absicht, den Prozess inklusiv zu gestalten, gut, aber sehr ambitioniert gewesen war. Der Prozess sei dadurch aber zu kompliziert geworden. Die Ergebnisse der Konsultationen spiegelten sich auch nicht in der Agenda für Humanität wider. Gosia Pearson von der Generaldirektion für Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz der EU-Kommission (ECHO) betonte, dass es sich um den ersten Multi-Stakeholder-Prozess ohne intergouvernementale Schiene gehandelt habe. Das habe dazu geführt, dass sich wichtige Akteure – wie zum Beispiel Russland – aus dem Prozess zurückgezogen hätten.

Wie wichtig die staatliche Verantwortung ist, werde besonders im Hinblick auf die erste Kernverantwortung deutlich, argumentierte Dr. James Munn vom Norwegian Refugee Council. Konfliktprävention benötige politischen Willen und Führung. Er war sich mit Veronika Burget vom UN-Flüchtlingshilfswerk einig, dass dies nicht Aufgabe humanitärer Organisationen sei. Dennoch müssten Konfliktprävention und Konfliktlösung sehr ernst genommen werden, um einen Zusammenbruch des humanitären Systems zu verhindern.

Bessere Koordination, engere Kooperation

Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze von der Universität Bochum wertete den Rückzug von MSF als ein positives Zeichen dafür, dass humanitäre Akteure weiterhin unabhängig handeln. Er betonte zugleich die Notwendigkeit von besserer Organisation und Koordination in der humanitären Hilfe, um dem enormen Bedarf gerecht werden zu können. Auch wachse die Zahl der Akteure ständig, vor allem durch neue Akteure aus der arabischen Welt oder dem Unternehmenssektor. Die Absicht, bei dem Gipfel alle relevanten Akteure zusammenzubringen und ihre Aktivitäten abzustimmen, sei deshalb richtig.

Welche Rolle sollte die EU dabei einnehmen? Heintze forderte, die EU müsse Druck auf ihre Partner ausüben, um bestehendes humanitäres Völkerrecht durchzusetzen. Burget mahnte die EU, stets die lokalen Prioritäten in den Blick zu nehmen. Die Entwicklungszusammenarbeit und die Wirtschaft sollten mit in die Pflicht genommen werden, um die Finanzierungslücke zu schließen. Und auch die Realität von langanhaltenden Fluchtsituationen müsse angegangen werden. Munn fasste seine Wunschliste an die EU kurz: „Take leadership in humanity!“ ■

Global Governance Spotlight 2|2016

Der Weltgipfel für Humanitäre Hilfe. Triumph der Menschlichkeit?

Hans-Joachim Heintze



2015 waren 82,5 Mio. Menschen in 37 Staaten auf humanitäre Hilfe angewiesen – zu viele für das gegenwärtige humanitäre System. Der erste Weltgipfel für humanitäre Hilfe im Jahr 2016 zielte deshalb auf einen internationalen Konsens zur Stärkung humanitärer Grundsätze und zur Finanzierung der notwendigen Hilfe. Im Global Governance Spotlight 2|2016 bewertet Prof. Dr. Hans-Joachim Heintze die Ergebnisse der Konsultationen im Vorfeld des Gipfels und gibt einen Ausblick auf den möglichen Beitrag der EU als einem der größten Geber.

• sef: Finanzen

Finanzbericht

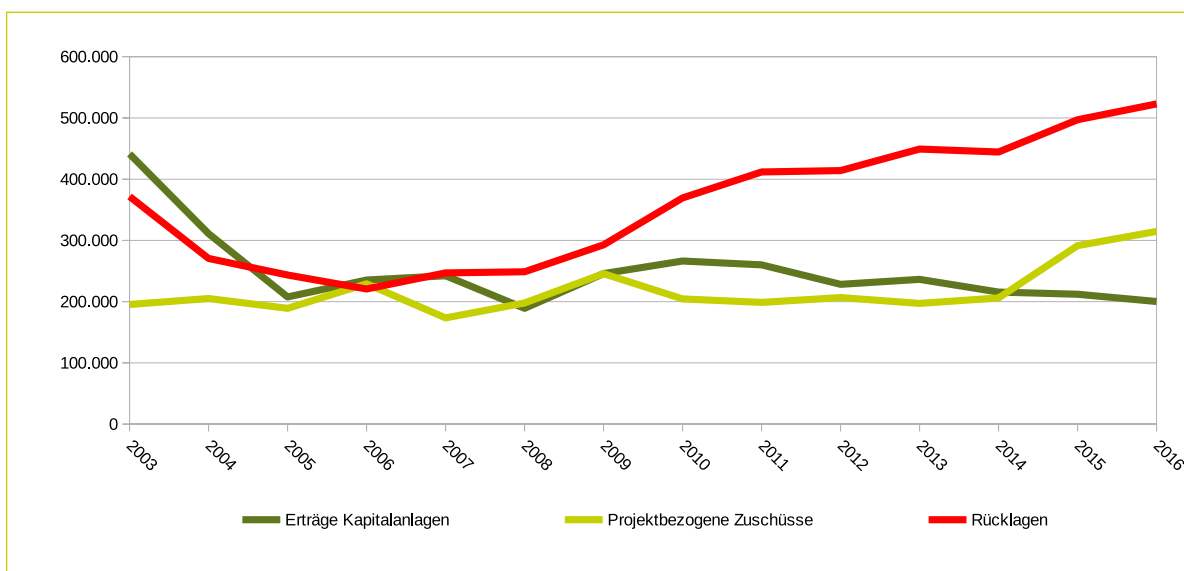
Die sef: konnte das Wirtschaftsjahr 2016 erneut mit einem positiven Jahresabschluss und einem Überschuss in Höhe von EUR 25.825,54 abschließen. Zu dem erfreulichen Ergebnis beigetragen hat eine weitere Steigerung bei den projektbezogenen Zuschüssen auf nunmehr EUR 314.689,25. Die größten Zuschussgeber sind das Land Nordrhein-Westfalen sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)/Engagement Global.

Trotz der weiterhin schwierigen Lage am Kapitalmarkt ist es somit gelungen, den insgesamt positiven Trend seit den Krisenjahren 2004 bis 2006 fortzusetzen. Für die Stabilisierung der Erträge aus dem Stiftungskapital waren die vom sef: Kuratorium

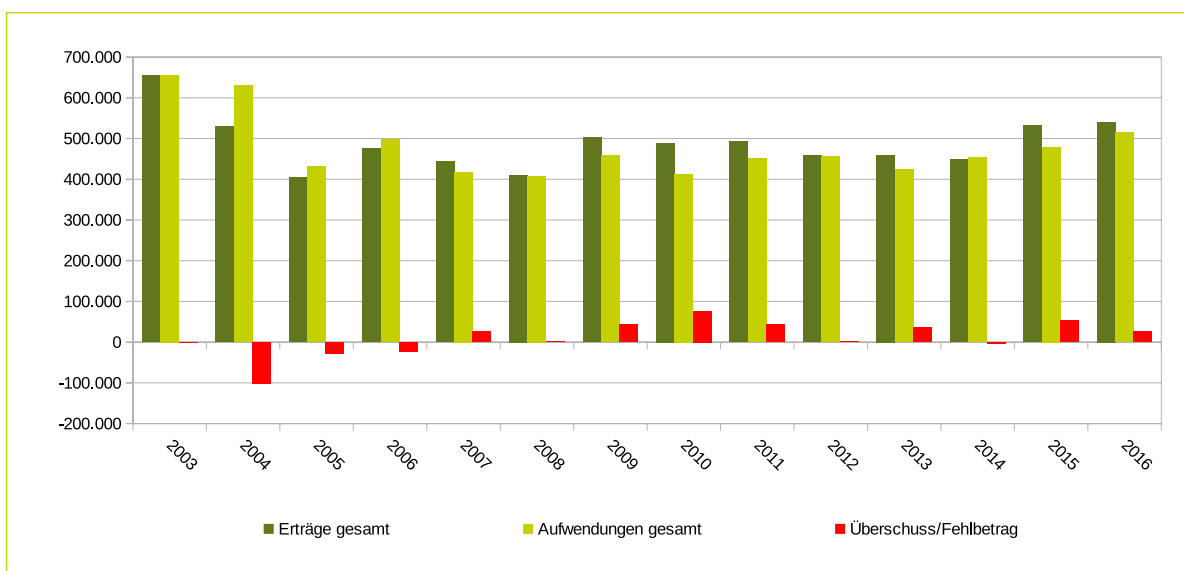
Ende 2007 verabschiedeten Anlagerichtlinien von wesentlicher Bedeutung. Die seither erfolgte und inzwischen abgeschlossene Überführung des gesamten Stiftungskapitals in nachhaltige Stiftungsfonds hat sich auch im Hinblick auf die erzielten Erträge bewährt.

Die Finanzlage der sef: ist seit mehreren Jahren stabil und solide. Das anhaltend niedrige Niveau der Kapitalverzinsung und die nicht immer zuverlässig vorhersehbaren Ergebnisse der Bemühungen um Projektzuschüsse erfordern einen sehr sorgfältigen Umgang mit den inzwischen gebildeten Rücklagen. Gleichzeitig ermöglichen sie der Stiftung aber auch, in einem verantwortlichen Umfang in die Verwirklichung innovativer Ansätze bei Veranstaltungsformaten und bei der Kommunikation der Produkte der Stiftungsarbeit zu investieren.

Erträge aus dem Stiftungskapital, Zuschüsse sowie Entwicklung der Rücklage seit 2013



Entwicklung von Erträgen und Aufwendungen sowie dem Jahresergebnis seit 2003



Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2016

	31.12.2016	31.12.2015
	EUR	EUR
I. Erträge		
Erlöse (Verlagshonorare, Lizenzen, Buchverkauf)	1.920,74	1.795,15
Erträge Finanzanlagen (abzgl. Stückzinsen Vorjahr)	200.155,00	212.105,33
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	23.537,47	26.750,22
Zinsen Girokonten und liquide Mittel (Festgeld)	5,43	58,15
Bestandsvergütungen	19.103,33	18.606,62
Versicherungsentschädigung	4.005,98	6.924,56
Sonstige Erträge (Bestandsvergütung, Aufl. von Rückst., ...)	422,73	1.160,89
Zuwendungen	314.689,25	291.452,84
Personalkostenzuschuss Land NRW	151.200,00	151.200,00
Projektzuschüsse aufgewendet	163.489,25	140.252,84
Spenden	0,00	0,00
Summe Erträge	540.302,46	532.103,54
II. Aufwendungen		
Projekte	-167.726,21	-149.320,84
Veröffentlichungen	-27.882,91	-38.849,03
Veranstaltungen	-117.742,82	-102.139,98
Website und Öffentlichkeitsarbeit	-21.262,17	-8.004,94
Sonstige Projektkosten	-838,31	-326,89
Personalaufwand	-296.661,12	-279.959,95
Löhne und Gehälter	-235.014,58	-222.666,34
Soziale Abgaben und Aufw. zur Altersversorgung	-61.646,54	-57.293,61
Abschreibungen	-1.416,12	-859,51
Sonstige betriebliche Aufwendungen	-48.673,47	-49.312,18
Miete inkl. NK, Reinigung, Reparaturen	-17.730,69	-18.892,89
Versicherungen und Beiträge	-1.450,61	-1.423,13
EDV (Beratung, Betreuung)	-2.499,27	-2.690,28
Leasing, Miete und Wartung Geräte	-3.668,42	-2.608,42
Telefon und Internet Standleitung	-1.167,96	-761,95
Buchführung, StB, Abschluss- und Prüfungskosten	-7.661,46	-7.737,24
Betriebskosten (Bürobedarf, Porto, Bank, RK GF, ...)	-6.746,56	-9.237,77
Gremien	-7.748,50	-5.960,50
Abschreibungen	0,00	-4,50
Summe Aufwendungen	-514.476,92	-479.456,98
Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	25.825,54	52.646,56
Einstellung in (neg.)/Entnahme aus (pos.) der Rücklage gem. § 58 Nr. 7a AO	-25.825,54	-52.646,56
Bilanzgewinn/-verlust	0,00	0,00

Bilanz zum 31.12.2016

AKTIVA	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR	PASSIVA
A Anlagevermögen					
I. Immaterielle Anlagen					
1. Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte und Werte	3,00	3,00			6.697.923,64
II. Sachanlagen					
1. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.700,41	4.723,84			444.433,71
2. Rücklagen gem. § 58 Nr. 7a AO				497.080,27	
Gewinn/Verlust zum 31.12.				25.825,54	52.646,56
III. Finanzanlagen					
1. Wertpapiere des Anlagevermögens	7.118.785,52	7.044.707,51			7.420,00
2. Rückstellungen Wirtschaftsprüfung			5.600,00	22.620,00	5.600,00
B Umlaufvermögen					
I. Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände					
1. Forderungen und Vermögen	0,00	0,00			11.272,09
2. Sonstige Vermögensgegenstände	10.000,01	12.816,57			4.235,54
II. Kassenbestand und Guthaben					
1. Kassen- und Portobestand	65,22	158,86			
2. Guthaben bei Kreditinstituten	128.652,39	161.121,76			
3. Rückstellungen			17.020,00		
C Rechnungsabgrenzungsposten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen			4.152,03		
2. Sonstige Verbindlichkeiten			5.164,20		
D Rechnungsabgrenzungsposten					
	559,13	0,00			10.000,00
	7.262.765,68	7.223.531,54			7.262.765,68
	7.262.765,68	7.223.531,54			7.223.531,54

• **sef: Intern**

sef: Vorstand (Stand: 31. Dezember 2016)

Vorsitzende

Renate Maria Hendricks MdL, Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Stellvertretende Vorsitzende

Prof. Dr. Helmut Breitmeier, Professor für Internationale Beziehungen am Institut für Politikwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen

Dr. Gerd Harms, Staatssekretär a.D., Potsdam

Schatzmeister

Klaus Brückner, Ehemaliger Leiter der GIZ-Repräsentanz Berlin

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tobias Debiel, Direktor des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF), Duisburg, Geschäftsführender Direktor des Käte Hamburger Kollegs „Politische Kulturen der Weltgesellschaft“

Dr. Marianne Beisheim, Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

Marco Büchel MdL, Vorsitzender des Ausschusses für Europaangelegenheiten, Entwicklungspolitik und Verbraucherschutz des Landtags Brandenburg, Potsdam

Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, Bonn/Berlin

Stefan Engstfeld MdL, Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Sven Giegold MdEP, Finanz- und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion die Grünen/Europäische Freie Allianz im Europäischen Parlament, Brüssel

Frank Herrmann MdL, Mitglied im Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Prof. Dr. Uwe Holtz, Honorarprofessor für Politische Wissenschaft und Senior Fellow am Zentrum für Entwicklungsforschung der Universität Bonn

Ulrich Jost-Blome, Leiter der Fachstelle Weltkirche im Bischöflichen Generalvikariat Münster

Ulrich Kelber MdB, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Berlin

Dr. Friedrich Kitschelt, Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Berlin

Karin Kortmann, Leiterin der Berliner Repräsentanz der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)

Franz-Josef Lersch-Mense, Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes NRW, Chef der Staatskanzlei im Range eines Ministers, Düsseldorf

Patrick H. Leusch, Managing Director Global Media Forum, CEO DW-Media Services GmbH, Bonn

Heinz-Joachim Lohmann, Studienleiter für Demokratische Kultur und Kirche im ländlichen Raum, Evangelische Akademie zu Berlin

Dr. Rolf Mützenich MdB, Stellvertretender Fraktionsvorsitzender für die Bereiche Außenpolitik, Verteidigung und Menschenrechte, SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Uwe Prüfer, 2. Sprecher, Verbund Entwicklungs-politischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs e.V. (VENROB), Potsdam

sef: Kuratorium (Stand: 31. Dezember 2016)

Vorsitzende des Kuratoriums

Hannelore Kraft, Ministerpräsidentin des Landes Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende

Michael Müller, Regierender Bürgermeister von Berlin

Stanislaw Tillich, Ministerpräsident des Freistaates Sachsen

Dr. Dietmar Woidke, Ministerpräsident des Landes Brandenburg

Weitere Mitglieder des Kuratoriums

Ilka Freifrau von Boeselager MdL, CDU-Sprecherin im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Friedhelm Boginski, Bürgermeister der Stadt Eberswalde

Anne Quart, Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz im Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz, Potsdam

Prof. Dr. Jakob Rhyner, Direktor am Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit, Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS), Bonn

Dr. Imme Scholz, Stellvertretende Direktorin des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Heike Spielmans, Geschäftsführerin des Verbandes Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe e.V. (VENRO), Berlin/Bonn

Katharina Tomoff, Vizepräsidentin Shared Value/GoGreen, Deutsche Post DHL, Bonn

Octavian Ursu MdL, Mitglied im Europaausschuss des Sächsischen Landtags, Dresden

Mary Kay Wahlen, Geschäftsführerin EPIZ – Entwicklungspolitisches Bildungs- und Informationszentrum e.V., Berlin

Dr. jur. Ingo Wolf MdL, Staatsminister a.D., Vorsitzender des Rechtsausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Serdar Yüksel MdL, Mitglied im Ausschuss für Europa und Eine Welt des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

Monika Zimmermann, Stellvertretende Generalsekretärin von ICLEI – Local Governments for Sustainability, Bonn

Adolf Kloke-Lesch, Assoziierter Wissenschaftler beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn

Prof. Dr. Elke Krahnemann, Professorin für International Political Studies, Privatuniversität Witten/Herdecke

Prof. Dr. Raimund Krämer, Außerplanmäßiger Professor für internationale und vergleichende Politik, Universität Potsdam

Prof. Dr. Thilo Marauhn, Professor für Öffentliches Recht, Völkerrecht und Europarecht, Justus-Liebig-Universität Gießen

Jens Martens, Geschäftsführender Vorstand, Global Policy Forum Europe (GPF), Bonn

Prof. Dr. Henning Melber, Senior Advisor und Direktor Emeritus der Dag Hammarskjöld Stiftung, Uppsala

Prof. Dr. Joanna Pfaff-Czarnecka, Professorin für Sozialanthropologie und Direktorin am Zentrum für interdisziplinäre Forschung (ZiF) an der Universität Bielefeld

Cornelia Richter, Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn/Bonn

Prof. Dr. Siegmund Schmidt, Professor für Internationale Politik und Analyse und Vergleich politischer Systeme an der Universität Koblenz-Landau

sef: Beirat (Stand: 31. Dezember 2016)

Vorsitzender des Beirats

Prof. Dr. Lothar Brock, Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main, Gastforscher an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Tilman Brück, Gründer und Direktor des ISDC – International Security and Development Center, Berlin

Prof. Dr. Nicole Deitelhoff, Professorin für Internationale Beziehungen und Theorien globaler Ordnung, Goethe-Universität Frankfurt am Main, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt am Main

Dr. Maja Göpel, Leiterin des Berlin Büros des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie, Berlin

sef: „Weltweite Kooperation zum Schutz und zur Bereitstellung öffentlicher Güter ist ein Gebot der Vernunft. Zu solchen Gütern zählen Frieden, Wohlfahrt und die Freiheit, für die eigenen Belange einzutreten. Sie zu verwirklichen ist Kernaufgabe einer Weltgemeinwohlpolitik. Die ‚Sustainable Development Goals‘, die 2015 von der UN-Vollversammlung verabschiedet wurden, bieten dafür Orientierungslinien und konkrete Ansatzpunkte.“

Ihnen stehen überall in der Welt Gier, Fundamentalismus und Opportunismus entgegen. Die Vernunft wird sich also nicht selbsttätig durchsetzen. Ihr schlagkräftig zum Sieg verhelfen zu wollen, stellt sie aber selbst in Frage. Es geht also um einen schwierigen Balance-Akt zwischen der Vertretung des Eigenen und der Anerkennung des Anderen, von dem wir nicht wissen können, ob er gelingt.“



Prof. Dr. Lothar Brock
Seniorprofessor an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; Vorsitzender des Beirates der Stiftung Entwicklung und Frieden

Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Professor für Internationale Beziehungen & Friedens- und Konfliktforschung, Universität Osnabrück

Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Senghaas, Senior Fellow am Institut für Interkulturelle und Internationale Studien, Universität Bremen

sef: Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Stand: 31. Dezember 2016)

Rebekka Hannes

Wissenschaftliche Referentin/Medien

Heike König

Assistentin der Geschäftsführung

Larissa Neubauer

Wissenschaftliche Referentin

Dr. Michèle Roth

Geschäftsführerin

Gerhard Süß-Jung

Finanz- und Konferenzmanager

Kooperationspartner und Förderer 2016

Im Jahr 2016 kooperierte die sef: erneut mit einer Vielzahl von Projektpartnern. Diese trugen sowohl durch inhaltlichen Rat und die Identifizierung und Vermittlung von ExpertInnen als auch finanziell wesentlich zum Gelingen vieler sef: Vorhaben bei. Wir danken:

- CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
- Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn/Eschborn
- Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Universität Duisburg-Essen
- Käte Hamburger Kolleg/Center for Global Cooperation Research (KHK/GCR21), Duisburg
- Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Bonn
- Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany, Bonn
- Zeitschrift WeltTrends, Potsdam

Global Governance Spotlight 3|2016

Klimafinanzierung nach dem Pariser Abkommen. Neue Wege oder weiter wie bisher?

Paula Castro/Carola Betzold

Im Dezember 2015 wurde in Paris ein neues Klimaabkommen verabschiedet. Im Wesentlichen gelang es, die länger als 20 Jahre währende strikte Trennung zwischen entwickelten (Annex I) und Entwicklungsländern (non-Annex I) aufzubrechen. Gleichzeitig fand in Paris ein Paradigmenwechsel statt: von den im Stil des Kyoto-Protokolls von oben verordneten verbindlichen, absoluten Emissionsreduktionszielen hin zu einem eher von unten nach oben ausgerichteten System unterschiedlicher freiwilliger Zusagen. Eine entscheidende Komponente des Abkommens, zu der jedoch viele Fragen offen bleiben, ist die Klimafinanzierung.

Im Global Governance Spotlight 3|2016 erörtern Dr. Paula Castro und Dr. Carola Betzold die Fortschritte des Pariser Gipfels im Hinblick auf die Klimafinanzierung – wenn es denn solche gegeben hat. Dabei befassen sie sich mit drei zentralen Themen: mit dem Gesamtvolumen der Klimafinanzierung, ihren Quellen und ihrer Verteilung. Darüber hinaus geben sie Empfehlungen, wie die Verpflichtungen zur Klimafinanzierung glaubwürdig erfüllt werden können.



Die sef: dankt zudem den zahlreichen Förderern, die ausgewählte sef: Projekte durch finanzielle Mittel, durch ihre Räumlichkeiten und/oder durch die Ausrichtung eines Empfangs im Rahmen von sef: Veranstaltungen unterstützten:

- Bundesstadt Bonn
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)
- Deutsche Welle, Bonn
- FriEnt, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung, Bonn
- sef: Stifterland Berlin
- sef: Stifterland Brandenburg
- sef: Stifterland Nordrhein-Westfalen
- sef: Stifterland Sachsen
- Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Die sef: war 2016 Mitglied in folgenden Foren:

- Initiative Transparente Zivilgesellschaft
- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung
- VENRO - Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

Veranstaltungen, Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2016

Veranstaltungen 2016

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016

Thema:	Wege zu einer koordinierten afrikanischen Migrationspolitik: Die Rolle afrikanischer Regionalorganisationen
Programmbereich:	III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
Ort/Termin:	Hotel Voltaire, Potsdam, 7.-8. April 2016
Kooperation:	Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und Zeitschrift WeltTrends
Förderung:	Empfang durch das Land Brandenburg

Workshop für Experten und Expertinnen der Bundesländer

Thema:	Flucht und Migration in der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer
Programmbereich:	II. Universelle Entwicklungsziele. Regionale und lokale Umsetzung
Ort/Termin:	LVR-LandesMuseum Bonn, 13.-14. April 2016
Förderung:	Landesregierung Nordrhein-Westfalen

sef: Policy Lunch, Mai 2016

Thema:	The World Humanitarian Summit. What will the EU bring to the table?
Programmbereich:	III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
Ort/Termin:	NRW-Landesvertretung in Brüssel, 11. Mai 2016
Kooperation:	CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
Förderung:	Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Der sef: Beirat im Gespräch

Thema:	Globale 2030-Agenda lokal umsetzen: Wo steht Brandenburg?
Programmbereich:	II. Universelle Entwicklungsziele. Regionale und lokale Umsetzung
Ort/Termin:	Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung, Potsdam, 9. Juni 2016
Förderung:	Räumlichkeiten und Empfang durch das Land Brandenburg

sef: Roundtable Talk im Rahmen des DW Global Media Forum 2016

Thema:	Distortions in migrant reporting – striving towards a realistic picture
Programmbereich:	III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
Ort/Termin:	World Conference Center Bonn, 14. Juni 2016

Berliner Sommerdialog 2016

Thema:	Flucht und erzwungene Migration. Prävention weiterdenken
Programmbereich:	III. Internationale Verantwortung in Krisen und Konflikten
Ort/Termin:	Berliner Rathaus, 29.-30. Juni 2016
Förderung:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Räumlichkeiten durch das Land Berlin

International sef: Expert Workshop 2016

Thema:	International Solidarity: Yesterday's ideal or emerging key norm?
Programmbereich:	I. Normative Herausforderungen für Global Governance
Ort/Termin:	Haus der Evangelischen Kirche in Deutschland, Berlin, 1.-2. September 2016
Kooperation:	Käte Hamburger Kolleg/Centre for Global Cooperation Research (KHK/GCR21), Duisburg

sef: Policy Lunch, November 2016

Thema:	From Shared Vision to Common Action. Realizing the SDGs in the EU's External Activities
Programmbereich:	II. Universelle Entwicklungsziele. Regionale und lokale Umsetzung
Ort/Termin:	NRW-Landesvertretung in Brüssel, 7. November 2016
Kooperation:	CIDSE - International Alliance of Catholic Development Agencies, Brussels
Förderung:	Minister für Bundesangelegenheiten, Europa und Medien des Landes Nordrhein-Westfalen

Bonn Symposium 2016

Thema:	Niemanden zurücklassen. Die Agenda 2030 als gesellschaftspolitischer Auftrag für die lokale Ebene
Programmbereich:	II. Universelle Entwicklungsziele. Regionale und lokale Umsetzung
Ort/Termin:	Deutsche Welle, Bonn, 24.-25. November 2016
Kooperation:	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Engagement Global gGmbH, Land Nordrhein-Westfalen und Sustainable Development Solutions Network (SDSN) Germany
Förderung:	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ); Land Nordrhein-Westfalen; Deutsche Welle; Empfang durch die Stadt Bonn; Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn

Publikationen und Öffentlichkeitsarbeit 2016**Global Governance Spotlight (deutsch/englisch)****Global Governance Spotlight 1|2016, März**

Zurück im Geschäft. Die OSZE und Konflikte in Europas Nachbarschaft
Christian Nünlist

Global Governance Spotlight 2|2016, Mai

Der Weltgipfel für Humanitäre Hilfe. Triumph der Menschlichkeit?
Hans-Joachim Heintze

Global Governance Spotlight 3|2016, Mai

Klimaschutzfinanzierung nach Paris. Neue Wege oder weiter wie bisher?
Paula Castro/Carola Betzold

Global Governance Spotlight 4|2016, Juni

Die Agenda 2030. Ein Instrument für nachhaltige Entwicklung in fragilen Staaten?
Marc Baxmann

Global Governance Spotlight 5|2016, September

Der UN-Gipfel über Flüchtlinge und Migranten. Was kann er bewirken?
T. Alexander Aleinikoff

Global Governance Spotlight 6|2016, November

Ist Europa bereit für die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung? ... noch nicht
Leida Rijnhout

Global Governance Spotlight 7|2016, November

Die Neue Urbane Agenda. Was bedeutet sie für Kommunen und Regionen?
Michael Woodbridge/Monika Zimmermann

Foreign Voices**Foreign Voices 1|2016, Juni**

Migration Governance in the IGAD Region
Caroline Njuki

Foreign Voices 2|2016, November

The Path to a Right to International Solidarity
Virginia B. Dandan

Foreign Voices 3|2016, November

Affordable Housing in Tanzania. Local initiatives and challenges in implementing the 2030 Agenda
Joseph I. Shewiyo

sef: Studie**sef: Studie, Oktober**

Regionale Migrationspolitik auf dem afrikanischen Kontinent. Aktuelle Situation und Zukunftsperspektiven
Professor Lorenzo Fioramonti/Dr. Chris Nshimbi

SEF/INEF Newsletter

SEF/INEF News, Februar 2016

„Jahr der Hülsenfrüchte“: Agrarökologie und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung

SEF/INEF News, März 2016

Wege zu einer koordinierten afrikanischen Migrationspolitik

SEF/INEF News, Mai 2016

Der Weltgipfel für Humanitäre Hilfe. Vom Reden zum Handeln?

SEF/INEF News, Juni 2016

„Fluchtursachen bekämpfen!“ Begrenzter Handlungsspielraum des Westens

SEF/INEF News, Oktober 2016

30 Jahre sef: „Gründungsgedanke gilt heute wie vor 30 Jahren“

SEF/INEF News, November 2016

Niemanden zurücklassen – soziale Nachhaltigkeit und die Agenda 2030

SEF/INEF News, Dezember 2016

Definiere „Schwere“! Auswirkungen von Unternehmenshandlungen auf Menschenrechte bewerten

Jahresbericht

Jahresbericht 2015

Perspektiven auf Global Governance. Die sef: 2015

Video Interviews

Im Rahmen der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016

- **Gibril Faal**, Direktor of GK Partners und Interimsdirektor der Africa-Europe Diaspora Development Platform (ADEPT), London, „Was die Diaspora zur Entwicklung ihrer Heimatländer beitragen kann“
- **Takyiwaa Manuh**, Direktorin, Abteilung für soziale Entwicklungspolitik Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA), „Migrationspolitik ist eine Frage des politischen Willens“

Im Rahmen des Berliner Sommerdialogs 2016

- **Fabrizio Hochschild**, Deputy to the UN Secretary-General's Special Advisor for the Summit on Addressing Large Movements of Refugees and Migrants, United Nations, New York City, „Preparing the UN Summit on Large Refugee and Migrant Movements“
- **Caroline Njuki**, Regional Migration Coordinator, Intergovernmental Authority on Development (IGAD), Secretariat, Djibouti, „Displacement and forced migration in the Eastern and Horn of Africa“
- **Professor Tasneem Siddiqui**, Founding Chair, Refugee and Migratory Movements Research Unit (RMMRU), University of Dhaka, „Climate induced displacement in Bangladesh“

Im Rahmen des Bonn Symposium 2016

- **Paul Ladd**, Director, United Nations Research Institute for Social Development (UNRISD), Geneva, „Agenda 2030 tackles inequalities“
- **Rehana Moosajee**, Transformation Facilitator, Rehana Moosajee Consulting, Johannesburg, „It takes courage to localize the SDGs“

Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:)

Development and Peace Foundation

Dechenstr. 2 : D-53115 Bonn

Tel +49 (0) 228 95925-10 : Fax +49 (0) 228 95925-99

sef@sef-bonn.org :  @sefbonn

www.sef-bonn.org